universität wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Die koloniale Herrschaft Frankreichs in Algerien vs. USA in Puerto Rico – ein Vergleich“

verfasst von

Noel Mikayel B. A.

angestrebter Akademischer Grad

Master of Arts (M. A.)

Wien, 2013

Studienkennzahl: A066 824

Studienrichtung Politikwissenschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Peter Gerlich

Gewidmet meinem Vater

INHALTSVERZEICHNIS

Hypothesen..... S. 6

1. EINLEITUNG

1.1. Kolonialismus-Kolonie-Definitionen.....S. 10

1.2. Kolonie.....S. 12

1.3. Imperialismus.....S. 14

1.4. Theorien des Imperialismus.....S. 15

- Ältere Imperialismustheorien
- Klassische ökonomische Imperialismustheorien
- Klassische marxistische und marxistische-leninistische Theorien

1.5. Fazit Imperialismustheorien.....S. 23

1.6. Postkolonialismus und Dependenz.....S. 24

2. FRANKREICH

2.1. Frankreich und die die mission civilisatrice.....S. 26

2.2. Algerien.....S. 30

- vorkoloniale Herrschaft der Osmanen in Algerien

2.3. Frankreichs Beginn der Eroberung Algeriens.....S. 34

2.4. Die Verwaltung.....S. 37

- Bureaux des Affaires Arabes
- Kolonialgesetze in Algerien
- Siedlungspolitik

2.5. Die Gesetzgebung Frankreichs in den Kolonien (allgem.).....S. 39

2.6. Der koloniale Beamtenapparat.....S. 42

- Der Französische Gouverneur
- Die Beamten des Gouverneurs

2.7. Rolle der Dorfältesten/Stammesführer.....S. 44

2.8. Politische Bewegungen in Algerien.....S. 49

2.9. Französische Kolonialprobleme der Zwischenkriegszeit.....S. 52

2.10. Die Vichy-Regierung und der Kolonialismus.....S. 53

2.11. Nach dem Zweiten Weltkrieg.....S. 55

2.12. Ideologie des FLN. .....S. 59
2.13. Die Rolle des Islams.....S. 60
2.14. Franz Fanon und die Verdammten dieser Erde.....S. 62

3. DIE USA und der KOLONIALISMUS:

3.1. Leitmotive – Grundidee – Expansionsideologie der USA.....S. 65
3.2. Puerto Rico.....S. 68
3.3. Geschichte.....S. 68
3.4. Status Puerto Ricos – aus amerikanischer Sicht.....S. 69
3.5. Einige Aspekte Puerto Ricos.....S. 70
3.6. Geographie.....S. 72
3.7. Der Spanisch-Amerikanische Krieg.....S. 73
3.8. Das "Estado Libre Asociado".....S. 77
3.9. Gerichtsbarkeit Puerto Rico.....S. 78
3.10. Das Politische System Puerto Ricos.....S. 78
3.11. Fazit Kolonialherrschaft.....S. 80

4. Beantwortung der Hypothesen.....S. 81
4.1. Conclusio und Ausblick.....S. 89

Verwendete Literatur/Quellenangaben.....S. 92
Abstrakt (Deutsch).....S. 98
Abstract (English).....S. 99
Lebenslauf..... S. 100

Hypothesen

Diese Masterthesis untersucht die Herrschaftsverhältnisse von Kolonialmächten und deren beherrschten Territorien.

Die daraus resultierenden politischen Beziehungen von Herrschern und Beherrschten werden dem Leser durch diese Arbeit nähergebracht, und zwar mittels eines Vergleichs:

Das Ziel soll darin bestehen, die Entwicklung der Herrschaft, die Gründe und Vorstellungen der europäischen sowie der USA-Kolonialherrscher bis zur Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien zu verfolgen und aufzudecken. Meist sind die Gründe eher rassistischer Natur und entsprechen damit den Vorstellungen der weißen europäischen Kulturkreise als Vorherrschende des späten 19. und 20. Jahrhunderts.

Puerto Rico, als beherrschtes, nicht einverleibtes Territorium der Vereinigten Staaten von Amerika, wird Frankreich in der Rolle als drittgrößten kolonialen Macht in Algerien hinsichtlich seiner Ausdehnung gegenübergestellt. Durch einen daraus resultierenden Vergleich sollen die am Anfang des Textes dargestellten Hypothesen beantwortet und das Verständnis der Beziehungen zwischen diesen westlichen und nichtwestlichen Staaten näher beschrieben werden. Herrschaft hat immer mit Zwang und Hegemonie zu tun, was beide Länder – sowohl Puerto Rico als auch Algerien – bis zur Unabhängigkeit zur Genüge gespürt haben. Beide Territorien wurden etwa zeitgleich (Ende bzw. Mitte des 19.Jahrhunderts) eingenommen und über einen längeren Zeitraum als Kolonie deklariert und gehandhabt. Rassismus, Enteignung von Besitz und Land sowie die Unterdrückung der dort lebenden Bevölkerung standen an der Tagesordnung und gehörten zur alltäglichen Umgangsform. Die Etablierung einer künstlichen Administrative und die Präsenz eines überragenden Militärs sollten eine lange Fremdherrschaft garantieren.

Unterdrückung der politischen Freiheit, der Meinungsäußerung und Beschneidung der Pressefreiheit waren Usus und ein notwendiges Mittel, um Herrscher und Beherrschte lange aneinander zu binden und dadurch die unterdrückten Völker in ihrer eigenen Entwicklung durch die fremde europäische Kultur zu hemmen. Auch nach der eigentlichen Herrschaft bleiben laut der Dependenztheorie starke Bindungen zwischen Mutterland und Kolonie bestehen.

Dadurch kam es immer wieder zu Aufständen, Anschlägen und Terroraktionen innerhalb der Bevölkerung, sowohl in Frankreich, Algerien, in den USA als auch in Puerto Rico und demzufolge erfolgte ein Aufbegehren nach Unabhängigkeit von den Mutterländern. Als literarisches Exemplar der Unterdrückung und Ausbeutung kann Frantz Fanons "Die Verdammten dieser Erde" herangezogen werden. Dieses Buch wird auch in dieser Arbeit erwähnt, um dem Leser die missliche Lage der in den Kolonien lebenden Bevölkerung näherzubringen.

Die USA – als Vorbild einer westlichen funktionierenden Demokratie und Inbegriff von politischer Meinungs-, Presse- und Redefreiheit – wird hier in eine zwielichtige Rolle als Kolonialmacht gezwängt, da der Zustand Puerto Ricos bis zum heutigen Tage nicht vollständig geklärt ist und nicht dem eigentlichen demokratischen Vorbild der USA entspricht.

Diese Arbeit differenziert sich in vier große Hauptteile, wobei die Themen bestimmte Eigenheiten sowohl Puerto Ricos als auch Algeriens behandeln und Ähnlichkeiten in den Sachlagen zum Thema Kolonialherrschaft finden sollen.

Im ersten Teil der Arbeit werden die Theorie und Begriffsfindung behandelt. Begriffe wie "Kolonie" und "Imperialismus"" sowie die gängigsten Imperialismustheorien werden herausgearbeitet und dargestellt. Die "Dependenztheorie" als postkolonialistische Theorie wird ebenfalls angeführt und soll die Beziehung zwischen Herrschern und Beherrschten nach dem Ende des Kolonialismus erklären.

Der zweite Teil widmet sich ganz dem Verhältnis zwischen Frankreich und Algerien, beginnend mit der Eroberung von 1870. Ein geschichtlicher Überblick wie auch die Untersuchung der von Frankreich eingeführten Administration während der Kolonialzeit werden herausgearbeitet. Das Vorgehen Frankreichs in Sachen Unterdrückung, Landenteignung und Rassismus wie auch dessen Begründung der Eroberung Algeriens werden hier deutlich gemacht, da aufgrund anderer Hautfarbe, Religion und Zugehörigkeit Berber, Araber und Nomaden ausgegrenzt wurden, während europäische Siedler in Algerien Wein- und Ackerbau betreiben konnten.

Der dritte Teil handelt von Puerto Rico, seinem besonderen politischen Zustand wie auch den Aspekten und dem Nutzen, den es für die Vereinigten Staaten aufweist, Puerto Rico weiter als Eigentum zu betrachten. Puerto Rico, eigentlich dem lateinamerikanischen Kulturkreis

angehörend und als kleine Insel zwischen beiden Amerikas liegend, eignet sich nicht nur als militärischer Außenposten der Vereinigten Staaten, sondern soll als Vorbild für die Beziehungen der USA mit Lateinamerika herangezogen werden.
Der vierte Teil wird der Beantwortung der Hypothesen dienen, welche am Anfang der Masterarbeit angeführt werden.

In dieser Masterthesis wird der klassische Imperialismus Frankreichs mit dem Beispiel der früheren Kolonie Algeriens – von seiner Eroberung in dem frühen 19. Jahrhundert an – mit dem Imperialismus der USA in Puerto Rico verglichen. Es werden untenstehend Hypothesen formuliert, deren Beantwortung dazu führen soll, ausschlaggebende Gründe hinsichtlich des Zustands der heutigen Beziehungen beider Länder zu ihren (ehemaligen) Kolonien zu finden. Die Hypothesen sollen außerdem dazu dienen, einfache Zusammenhänge zu erklären und Punkte herauszuarbeiten, um ein Verständnis für beide Formen des Regierens möglich zu machen sowie auch die Unterschiede festzuhalten.

-Hypothese 01: Es besteht/bestand ein vehementer Unterschied in der Form des Regierens zwischen den USA und der französischen Herrschaft.

-Hypothese 02: Der Imperialismus Frankreichs und dessen autoritäre/totalitäre Form der Unterdrückung/Herrschaft veranlassten in Algerien den Widerstand. Es wurde durch diese Entwicklung das algerische Nationalbewusstsein gefördert. (vgl. Franz Fanon,1961)

-Hypothese 03: Die USA konnten in Puerto Rico durch die Etablierung einer bis heute anhaltenden Demokratie nach US-amerikanischen Vorbild einen Sturz verhindern. (Ist die Etablierung einer Demokratie die Gewährleistung für einen inneren Frieden?)

-Hypothese 04: Die Herrschaftsstrukturen der USA in ihrer Kolonie veränderten sich bis in die heutige Zeit.

-Hypothese 05: Frankreichs Gründe für die Eroberungen und Etablierung von Kolonien wurden unter dem Vorwand, ideeller Natur zu sein, angeführt, während die USA praktische Gründe nannte.

-Hypothese 06: Die unterschiedliche Art der Ausbeutung, Verteilung und Verwendung von Ressourcen in den beherrschten Ländern trug unter anderem zum Fall/zur Aufrechterhaltung der Mächte bei.

1. EINLEITUNG

1.1 Kolonialismus – Kolonie – Definitionen

„Die wachsende Betonung von Vernetzungen und Verflechtungen steht für die Einsicht, dass die Entstehung der modernen Welt als ‚gemeinsame Geschichte' gedeutet werden kann, in der verschiedenen Kulturen und Gesellschaften eine Reihe zentraler Erfahrungen teilten und durch ihre Interaktion und Interdependenz die moderne Welt gemeinsam konstruieren. Der Verweis auf Interaktionen darf freilich nicht dazu führen, Ungleichheit, Macht und Gewalt aus den Augen zu verlieren, da Beziehungen etwa zwischen Europa und der außereuropäischen Welt häufig hierarchisch oder gar repressiv waren.

Diese Beziehungen werden gemeinhin mit dem Begriff ‚Kolonialismus' erfasst und dieser gerät mit dem wachsenden Interesse an der Globalisierung und ihrer Geschichte wieder verstärkt in den Blick." (Eckert 2006: 3)

Die Begriffe „Kolonialismus" oder „Kolonie" sind, obwohl gängige und in der heutigen Zeit in den Sozial- und Geschichtswissenschaften häufig verwendete Begriffe, doch trotz ihrer sprachlichen Einfachheit schwer zu definieren, da in ihnen Elemente der Unterdrückung, des Rassismus oder der illegalen Aneignungen von Territorien fremder Mächte in anderen Ländern/Kontinenten mitklingen. In Verbindung mit diesen beiden Begriffen fällt auch ein anderer Terminus, nämlich jener des „Imperialismus" oder der „imperialen Herrschaft" dessen Bedeutung anders als der Begriff „Kolonialismus" (wie auch „Kolonie") in den Wissenschaften bei weitem genauer behandelt wurde.

„Kolonialismus" sowie "Kolonie" sind vielschichtige Begriffe, bei denen sich zahlreiche Arten und Abstufungen finden und es deshalb kompliziert wird eine einfache Definition zu gewinnen.

Ein wichtiger Punkt, welcher das Verständnis zu diesem Thema fördert, liegt darin, dass der „Kolonialismus aus einer Vielzahl von ‚Kolonialismen' bestand und die Errichtung kolonialer Herrschaft zudem eine langwierige, ungleichmäßige Angelegenheit, geprägt war durch ein komplexes Konkurrenzgeflecht und nicht selten Europäer gegen Europäer und

Einheimische gegen Einheimische standen“ (Eckert 2006: 4).

Doch was ist mit dem Begriff des „Kolonialismus“ eigentlich gemeint?
Wirft man einen Blick in das Lexikon der Politikwissenschaft Band 1, so lässt sich nachlesen, dass **Kolonialismus** (von lat. *Colonia* = Niederlassung, Ansiedlung) stammt und im weitesten Verständnis die Eroberung, Inbesitznahme und politische Herrschaft über ein Territorium durch einen metropolitane Macht meint. In diesem Sinne ist dieser Begriff weltgeschichtlich für dieAntike ebenso anwendbar wie auch für die Neuzeit. Im engeren und geläufigeren Sinn

Verständnis die Ausdehnung der Herrschaft europäischer Mächte auf überseeische Territorien in Afrika, Asien und Lateinamerika. (vgl. Nohlen/Schultze 2005: 444).

Wichtig ist hier die Unterscheidung der kolonialen Expansion in zwei Phasen oder Zeitabschnitte:

1. Die koloniale Expansion europäischer Mächte vom16. Jhd. bis zum18. Jhd. und
2. das Zeitalter des Imperialismus am Ende des 19. Jhd., „[...] mit der Aufteilung der später genannten Dritten Welt" (Nohlen/Schultze 2005: 444).

Im Anfang seines Buches „Kolonialismus“ beschreibt Professor Andreas Eckert die Findung einer neuzeitlichen Definition des Begriffes „Kolonialismus“ als schwierig und bezieht sich auf das gleichnamige Buch von Jürgen Osterhammel und Jan C. Jansen.

Kolonialismus ist zu Recht von dem Historiker Jürgen Osterhammel als ein „[…] Phänomen von kolossaler Uneindeutigkeit“ charakterisiert worden, das „[...] definitorisch kaum zu bändigen sei“. (Eckert 2006: 3)

Laut von Osterhammel/Jansen bezeichnet man mit „Kolonisation“ einen *Prozess* der Landnahme und Aneignung, die „Kolonie“ als eine besondere Art von *politisch-gesellschaftlichem Personenverband*, „Kolonialismus“ also als ein Herrschaftsverhältnis (vgl. Osterhammel/Jansen 2009: 8).

Die Art des Herrschaftsverhältnisses zwischen Kolonialherren und Kolonisierten war geprägt durch Gewalt und Distanz, wobei die koloniale Herrschaft immer prekär blieb.

Treffend formuliert von Osterhammel den Kolonialismus, er ist „[...] eine Herrschaftsbeziehung zwischen Kollektiven, bei welcher die fundamentalen Entscheidungen über die Lebensführung der Kolonisierten durch eine kulturell andersartige und kaum anpassungswillige Minderheit von Kolonialherren unter vorrangiger Berücksichtigung externer Interessen getroffen und tatsächlich durchgesetzt werden. Damit verbinden sich in der Neuzeit in der Regel sendungsideologische Rechtfertigungsdoktrinen, die auf der Überzeugung der Kolonialherren von ihrer eigenen kulturellen Höherwertigkeit beruhen.“ (Eckert 2006: 3 zit. Osterhammel/Jansen)

1.2. Kolonie

Essentiell in der Findung einer gültigen Definition des Terminus „Kolonie“ beziehungsweise „Kolonisation“ haben die Autoren Osterhammel/Jansen als wesentlich erachtet, dass sich die beiden Begriffe, „Kolonisation“ wie auch „Kolonie“ nicht in einer Begriffsschublade unterbringen lasse, beziehungsweise getrennt berücksichtigt werden sollen, da sich nicht nur in der Geschichte Afrikas gezeigt hatte, dass es vielfältige Arten der Kolonisationen gab, ohne jedoch gleich eine gesamte Kolonie gründen zu wollen/müssen.

„Eine für die Neuzeit gültige Definition von ‚Kolonie‘, die sich aus diesen Überlegungen ergibt, muss eng genug gesehen werden, um historische Situationen wie vorübergehende militärische Okkupation oder gewaltsame Angliederung von Grenzgebieten an moderne Nationalstaaten auszuschließen.“ (Osterhammel/Jansen 2006: 16)

Zur genaueren Definitionsfindung war es außerdem essentiell, jene Fälle auszuschließen, die vorübergehende Okkupation oder die Einverleibung durch benachbarte Staaten bedeuteten, wobei im engeren Sinne durch die Findung einer Definition primär die Beziehung des Mutterlands zur Kolonie beschrieben werden soll.

Aus dieser Überlegung heraus fanden die Autoren folgende Terminologie, die nachstehend gültige Charakteristika aufweist:

„Eine **Kolonie** ist ein durch Invasion (Eroberung und/oder Siedlungskolonisation) in Anknüpfung an vorkoloniale Zustände neu geschaffenes politische Gebilde, dessen landfremde Herrschaftsträger in dauerhaften Abhängigkeitsbeziehungen zu einem räumlich entfernten ‚Mutterland' oder imperialen Zentrum stehen, welches exklusive ‚Besitz'-Ansprüche auf die Kolonie erhebt." (Osterhammel/Jansen 2006: 16)

Typen von Kolonien:

Es existieren im Wesentlichen folgende Formen der Kolonienbildung:

- Beherrschungskolonien
- Stützpunktkolonien
- Siedlungskolonien

Beherrschungskolonien sind meist das Ergebnis militärischer Eroberungen zum Zwecke wirtschaftlicher Ausbeutung (Handelsmonopole, Ressourcen etc.), strategischer Absicherung wie auch einer autokratischen Regierung durch das Mutterland. Weiteres ist eine nur geringe koloniale Präsenz durch Bürokraten und Soldaten gegeben, aber keiner Siedler.

(vgl. Osterhammel/Jansen 2009: 17)

Wikipedia definiert die Stützpunktkolonie wie folgt:
„Sie ist das Ergebnis von Flottenaktionen mit dem Zweck der indirekten kommerziellen Ausbeutung des Hinterlandes und/oder einem Beitrag zur Logistik seegestützter Machtentfaltung und informelle Kontrolle über formal selbständige Staaten (Kanonenbootpolitik). Zu differenzieren ist hier nochmals zwischen dem Typ *Militärstützpunkt* und *Handelsstützpunkt*. Im ersten Fall bilden Soldaten zuerst einen Stützpunkt, an den es im Laufe der Zeit auch Siedler zieht."
(http: //de.wikipedia.org/wiki/Kolonie#St.C3.BCtzpunktkolonie) Zugriff am 03.01.2013

Als dritter und wesentlichster Typus einer Kolonie wird auch jener der Siedlungskolonie bezeichnet.

Siedlungskolonialismus ist das Resultat militärisch flankierter Kolonisationsprozesse zum Zweck der Nutzung von „billigem Land“ und billigen Arbeitskräften, eine koloniale Präsenz durch ständig ansässige Farmer und Pflanzer ist gegeben, wobei die Interessen und Rechte Indigener missachtet werden. (vgl. Osterhammel/Jansen 2009: 18).

1.3. Imperialismus

Da der Terminus des Imperialismus eng mit jenem des Kolonialismus verbunden ist beziehungsweise der Imperialismus die eindeutigste Ausformung oder Ausprägung des Kolonialismus darstellt, wird nun hierfür eine Definition bzw. Begriffsbestimmung herangezogen. Im Lexikon der Politikwissenschaft findet sich zu diesem Begriff Folgendes:

„Imperialismus (vom lat. Imperium = das Reich, später Großreich, Weltreich) im allgemeinen Verständnis das Streben politischer Mächte, über die eigenen Staatsgrenzen hinaus territorial zu expandieren oder ihren politischen, wirtschaftlichen, militärischen oder kulturellen Einflussbereich auf Kosten der unterworfenen bzw. penetrierten Gesellschaften auszudehnen.“ (Nohlen/Schulze 2005: 362)

„Nach gängigen Definitionen bezeichnet Kolonialismus eine besondere, wohl auch die wichtigste Erscheinungsform von Imperialismus. Imperialismus kann nach einem nüchternen

Vorschlag von Andrew Porter verstanden werden als „[…] die Erlangung (mit unterschiedlichen Mitteln) von übermächtigem Einfluss oder direkter Kontrolle über die politische und/oder wirtschaftliche Entwicklung schwächerer, technologisch weniger fortgeschrittener Völker oder Staaten“ (Eckert 2006: 8).

Ausgegangen wird vom Standpunkt, dass mit dem Begriff „Imperialismus“ eine eher negative Bedeutung assoziiert wird.

1.4. Theorien des Imperialismus

Bevor genauer auf das Thema beziehungsweise auf einen Vergleich eingegangen werden kann, müssen der theoretische Rahmen, die Denkweise der damaligen Zeit oder besser gesagt das eher rassistische und imperialistische europäische Weltbild von 1830 bis heute behandelt werden. Die unterschiedlichen Arten des Kolonialismus, Frankreichs und der USA werden im Späteren definiert und unterschieden.

Durch eine Analyse kann insofern für diese beiden speziellen Fälle, nämlich Algerien und Puerto Rico, die Art des Kolonialismus herausgearbeitet werden und erste klare Unterschiede in der Art des Regierens wie auch der Ausbeutung können definiert werden.

Imperialismustheorien sind je nach den Zeitabschnitten in verschiedene Arten und Interpretationen aufzuteilen, wobei in diesen beiden Fällen die älteren Imperialismustheorien herangezogen werden müssen.

Ältere Imperialismustheorien sind nach Mommsen einzuteilen in:

1. **klassische politische Imperialismustheorien,**
2. **klassische ökonomische Imperialismustheorien,**
3. **die marxistischen Imperialimsustheorien und**
4. **neuere westliche Imperialismustheorien und deren verschiedene Ausformungen.**

<u>Ältere Imperialismustheorien:</u>

Die klassischen politischen Imperialimustheorien

Ursprünglich war das Ziel des klassischen politischen Imperialismus nicht darauf ausgerichtet, beherrschte oder kolonisierte Staaten direkt durch militärische Macht zu kontrollieren, sondern eine ursprünglich persönliche imperiale Herrschaft zu schaffen, welche das Prestige der Krone, des Herrschers und/oder der konservativen Parteien in der damals westlich-europäischen dominierten Welt heben sollte.

Erst in der Folge gewann der Begriff „Imperialismus“ seinen modernen, vergleichsweise objektivierten Sinn und wurde, anfangs als ein Spezifika eines durch die herausragende Stellung eines imperialen Herrschers oder Regenten bestimmten Systems, allgemein aufgefasst als Politik der Ausdehnung eines Nationalstaats über seine Grenzen hinaus, mit dem Ziel, abhängige Territorien in Übersee zu erwerben und diese wenn möglich unter einem "Weltreich" zu vereinen. (vgl. Mommsen1987: 7)

Der Begriff „Imperialismus“ wurde in erster Linie als ein Akt europäischer Nationalstaaten angesehen, als „etatistische Konzeption“ oder als mächtepolitisches Phänomen „[...] und der Inbegriff der mit diesem Wort verbundenen Tendenzen lag in der Ausweitung des Machtbereiches der europäischen Großmächte auf den gesamten Erdball. (vgl. Mommsen1987: 8)

Der Imperialismus war eng verknüpft mit dem Aufkommen neuer nationalistischer Ideen, dessen Gedankengut – liest man die damaligen Quellen über die Ideen des Imperialismus – primär davon ausging, dass die Ausdehnung über nationalstaatliche Grenzen hinweg auch dem eigenen Nationalismus förderlich sei.

„In den zeitgenössischen Quellen beobachten wir einen breiten Strom nationalistischer Argumente für imperialistische Expansion; die entschlossene Ausdehnung des Nationalstaats, wenn nötig gar mit gewaltsamen Mitteln, und deren Aufbau eines überseeischen Kolonialreichs erschienen einerseits als Voraussetzung der Erhaltung und kraftvollen Fortentwicklung der eigenen Nationalität, andererseits als Quelle neuer Vitalität für die eigene Nation.“ (Mommsen 1987: 9).

Diese Art der Argumentation, die des aufkommenden Nationalbewusstseins, spielte in Verbindung mit der kolonialen Expansion eine große Rolle.

Doch auch die Rolle der rassistisch-biologischen Variante prägte die Begriffsbestimmung des Imperialismus sehr, sprich abstammungsmäßig, kulturell wie auch politisch den Völkern in den Kolonien überlegen zu sein.

„Die rassistisch-biologischen Varianten des Imperialismus vertrat [sic!] die Ansicht, dass die weißen

Völker den Völkern anderer Rassen und Hautfarbe von Natur her überlegen und daher zur Herrschaft über diese berufen, ja sogar dazu verpflichtet seien. Diese Auffassung fand Unterstützung von Seiten der sozial-darwinstischen Theorie,[1] die den Kampf der Rassen ums

‚Dasein' zum Grundgesetz der Geschichte erklärte." (Mommsen 1987: 10).

- **Die klassischen ökonomischen Imperialismustheorien**

„Nicht erst die Marxisten, sondern schon davor die Theoretiker der klassischen liberalen kapitalistischen Wirtschaft waren überwiegend der Meinung, dass die

Wachstumsmöglichkeiten des modernen kapitalistischen Systems nicht unbegrenzt seien und dass also die Ausdehnung des Geltungsbereiches dieses Systems auf bisher jungfräuliche, [sic!] oder im heutigen Sprachgebrauch – unterentwickelte – Territorien für dessen Überleben von großer Bedeutung, wenn nicht gar unentbehrlich sei." (Mommsen1987: 11).

Doch vor der klassischen ökonomischen Theorie entstand die Auffassung, dass es nicht unbedingt vonnöten sei, die gesamte Welt mittels Herrschaftsbeziehungen zu unterdrücken, da

die dazugehörige ältere liberale Theorie die Auffassung vertrat, dass es eine missionarische Pflicht sei, den Handel, Fortschritt sowie Zivilisation über die ganze Welt zu verteilen, aber dass es eigentlich, politisch gesehen nur in Ausnahmen vonnöten sei, eine Fremdherrschaft in einigen Gebieten zu etablieren, da durch den Imperialismus zwar monopolistisches wirtschaftliches Wachstum mit rasanten Gewinnen für einzelne Unternehmen geschaffen werde, auf der anderen Seite dies aber zu Verzerrungen und

Verwerfungen im Wirtschaftswachstum führe, die unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten höchst schädliche Auswirkungen haben müssten. (vgl. Mommsen 1987: 11)

Trotz der unterschiedlichen Auffassungen bestand im bürgerlichen Lager Einigkeit dahingehend, dass eines der Hauptziele des Imperialismus aus nationaler Sicht darin bestand,

[1] Vgl. dazu Bernard.Semmel (1960): Imperialism and Social Reform: English Social-Imperial Thought,

durch die Fremdherrschaft in anderen Gebieten Rohstoffe bzw. Ressourcen, Absatzgebiete und Investitionsmöglichkeiten zu nutzen.

Diese Tendenzen standen im Zusammenhang mit der seit 1873 einsetzenden Abschwächung der Geschwindigkeit der internationalen Wirtschaftsentwicklung, verbunden mit einem allgemeinen Rückgang der Preise, einem beachtlichen Abfall der Profitraten und Renditen und einer Überzeugung der bürgerlichen Lager in allen Industrienationen, dass nationale Wirtschaft koloniale Dependancen bedürfen . (vgl. Mommsen 1987: 12)

Der eindeutig wichtigste Vertreter der klassischen ökonomischen Imperialismustheorie ist John Atkinson Hobson:

„John Atkinson Hobson (1858 – 1940) war ein linksliberaler Publizist; er gehörte zum linken Flügel der englischen liberalen Partei und war einer der Exponenten einer konsequent antiimperialistischen Politik; zugleich war er ein Vorkämpfer einer aktiven Sozialpolitik, die die liberale Partei zur Arbeiterschaft hin öffnen sollte.“ (Mommsen 1987: 12)

Hobsons Erfahrungen und Ansichten prägten sich während der „Burenkriege“, in denen er als Journalist korrespondierte und die dortigen Geschehnisse aus unmittelbarer Nähe beobachten konnte.

„Seine Kritik am britischen Imperialismus stand in der Tradition des englischen Radikalismus, der er immer schon aller aggressiven Außenpolitik schroff ablehnend gegenüber gestanden [sic!] hatte und sich dem Ideal eines uneingeschränkten Freihandels verpflichtet fühlte, nicht zuletzt aus humanitären Gründen.“ (Mommsen 1987: 13)

Der Ursprung seiner Theorie ging auf die Massenarmut zurück, die sich in den englischen Großstädten entwickelt hatte. Das primäre Ziel von Hobson war es, den Sog der imperialistischen Doktrin auf den Liberalismus abzuwehren und für eine konsequente Politik sozialer Reformen die Bahn freizumachen. (vgl.Mommsen 1987: 13).

Hobsons These beruht auf einer breiten Fülle statistischer Daten und geht davon aus, dass „[...] der Prozess der Expansion des britischen Empires während der letzten Jahrzehnte in direktem Zusammenhang mit dem enormen Ansteigen der britischen überseeischen

Investition stehe und dass folgend der entscheidende Antrieb für den Imperialismus in den Bemühungen der Finanzkrise bestehe, angesichts der Übersättigung des Binnenmarktes einträgliche Kapitalanlagen in überseeischen Gebieten zu finden“ (Mommsen 1987: 13).

Theoretisch gelangt der gesamte Gewinn des Handels und des Monopols in die Hand weniger, einer schmalen Oberschicht.

„Weil den arbeitenden Massen nur ein ungenügender Anteil am Sozialprodukt zugestanden werde und der Reichtum aus den Kolonien sich dergestalt in den Händen einer schmalen Oberschicht, den Investoren konzentriere, komme es einerseits zum chronischen

„oversaving“, d. h. zu übergroßer Akkumulation von anlagesuchendem Kapital, andererseits zu , undercomsumption‘, zu mangelnder Nachfrage auf dem Binnenmarkt.“ (Mommsen 1987: 14)

Einen unmittelbaren Zusammenhang sah Hobson zwischen dem niedrigen Lebensstandard bzw. der geringen Kaufkraft der englischen Arbeitermassen und der wirtschaftlichen Stagnation Englands:
Hobson vertrat die These, dass, sich im englischen Binnenmarkt in ausreichendem Umfang profitable

Investitionsmöglichkeiten eröffnen würden und demgemäß die kostenreiche, im Ergebnis furchtlose Politik gewaltsamer Expansion nach Übersee überflüssig würde, sofern man nur die Kaufkraft der breiten Massen entsprechend steigere. (vgl. Mommsen 1987: 14).

Eine weitere These Hobsons bestand darin, dass die imperialistische Politik und deren gewaltsame Expansion aus dem Blickwinkel eines volkswirtschaftlichen Gesamtinteresses her gesehen uninteressant und sogar schädlich sei, da in jedem Fall die Erträge, welcher der Handel aus den Kolonien erzielte, nicht die militärischen Rüstungs- und Verwaltungskosten wie auch nicht die Unterhaltung eines bestehenden Reiches decken würden: also keinesfalls gewinnbringend, sondern vielmehr ein verlustreiches Geschäft sind und so auch den Herrschermächten im Endeffekt schaden.

- **Die klassischen marxistischen und marxistisch-leninistischen Theorien**

Die Wurzeln dieser Art von Theorien sind hauptsächlich im Bereich der bürgerlichen Philosophie und Nationalökonomie zu finden.

Die Theorie von der Begrenztheit der kapitalistisch-industriellen Entwicklung, die irgendwann einmal an ihre absoluten Grenzen stoßen und in einen „stationary State", eine statische Gesellschaft, einmünden werde, in der nennenswertes Wirtschaftswachstum nicht mehr stattfinde, war bereits im frühen 19.Jahrhundert recht weit verbreitet und an die Idee geknüpft, dass man dieser bedrohlichen Entwicklung zumindest fürs Erste durch Kolonialismus und Imperialismus entgegenwirken könne. (vgl. Mommsen1987: 27)

Hegel brachte mit dem klassischen Konzept des „Klassenkampfes"
(für eine Definition siehe: http: //de.wikipedia.org/wiki/Klassenkampf, Zugriff am 03.01.2013) den Kolonialismus in Verbindung und interpretierte diesen wie folgt, indem er feststellte, dass sich durch die Weiterentwicklung des Kolonialismus die Aufteilung der bürgerlichen Gesellschaft in zwei Klassen vollziehen würde, den Herrschern oder Kapitalisten und Beherrschten, den Sklaven und Unterdrückten.

Mit fortschreitender Industrialisierung trete eine Polarisierung der Gesellschaft in die Klasse der Reichen und jene des Pöbels ein und bei dem Übermaße des Reichtums sei die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug, besitze nicht ausreichend eigenes Vermögen und steuere daher der Armut und der Richtung des „Pöbels" zu.

(vgl. Mommsen1987: 28).

„Hegel war ebenfalls ein Vertreter des kolonialen Projekts. Er hielt Sklaverei für ein notwendiges Stadium in der moralischen Entwicklung der afrikanischen Bevölkerung durch die Europäer und die kolonialen Unternehmungen als logische und notwenige Konsequenz

der kapitalistischen Modernisierung der europäischen Gesellschaften. (Romstorfer 2005: 63 zit. nach Hegel 1970: 392[2])

Marx selbst aber griff Hegels Idee nicht auf, sondern betrachtete den Kolonialismus (er lebte in der Spätphase des älteren Kolonialismus bzw. zur Zeit seines (des Kolonialismus) Untergangs) „[…] er (Marx) hielt, genau wie die meisten bürgerlichen Nationalökonomen seiner Zeit, den Kolonialismus für ein spezifisch frühkapitalistisches Phänomen, dessen Bedeutung zurückgehen wird, so dass an der Stelle der monopolistischen Praktiken des bisherigen

Kolonialismus nunmehr die ‚Allgewalt des Weltmarktes' treten werde." (Mommsen 1987: 28)

Marx meinte hier mit dem Begriff des *Weltmarktes*[3] jenes Phänomen, dass es eine empirische Tatsache sei, dass Individuen mehr und mehr durch Fremdmächte geknechtet wurden, die immer massiver an Bedeutung gewonnen haben und sich im Endeffekt oder in letzter Instanz als *Weltmarkt* ausweisen werden.

„Marx interpretierte den Kapitalismus als ein im wesentlich geschlossenes System und sah die Expansion dessen über den ganzen Erdball als notwendige Entwicklung und konstatierte mit dieser notwendigen und fortschrittlichen Entwicklung die Zerstörung aller älteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen als eine notwendige Stufe auf dem Weg zur bürgerlichen und letztendlich zur kommunistischen Gesellschaft." (Mommsen 1987: 28).

Bei Friedrich Engels lässt sich eine Änderung dieser These beobachten, da er von Folgendem ausgeht:

„Ausgehend von der Prämisse eines fundamentalen Widerspruches, nämlich der zwischen Produktionsfähigkeit und Konsumptionsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft [sic!] nahm er die imperialistischen Expansionsprozesse mit der Aussage explizit ins Visier, das diese Ausdehnungen widersprüchlich sind, da die kapitalistische Gesellschaft eben dadurch in

[2] Hegel G.W.F.: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundriss. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag 1970.

[3] Landshut ,S. (Hg)1953: Karl Marx. Die Frühschriften.Stuttgart

überseeische Gebiete treibt, um dort zusätzliche Absatzmöglichkeiten zu erschließen." (Mommsen 1987: 29)

Daher sah Engels den Imperialismus als eine Phase oder Übergang und die Außenmärkte als verlangsamendes, aber später beschleunigendes und krisenverschärfendes Momentum, da eine Beschleunigung des Kapitals stattfinde.

Laut Mommsen kann festgelegt werden, dass Engels uneingeschränkt an der klassischen marxistischen Theorie festhält und somit der Kapitalismus nach einer Reihe von sich verschärfenden Krisen zusammenbrechen werde und imperialistische Politik diesen Prozess beschleunigt, aber nicht verlangsamt. (vgl. Mommsen 1987: 29)

Rosa Luxemburgs Imperialismustheorie sah im Imperialismus ein Phänomen, welches dem Kapitalismus noch einmal eine nur befristete Überlebenschance ermöglichte, da durch den Imperialismus bzw. weil eine Kapitalakkumulation für eine kleine kapitalistische Klasse entstand, die sich durch eine neue Phase des immanent expansiven Charakter des Kapitalismus ableitete. (vgl. Mommsen 1987: 39):

Schlussendlich beschrieb die luxemburgische Theorie den Imperialismus als den „politischen Ausdruck des Prozesses der Kapitalakkumulation in ihrem Konkurrenzkampf um die Reste des noch nicht mit Beschlag belegten nichtkapitalistischen Weltmilieus" (Mommsen1987: 39/40 zit. nach: Luxemburg,Rosa 1969: 423[4]).

Wirft man einen Blick in das Buch „Der amerikanische Imperialismus", so wird die Imperialismustheorie Wladimir Iljitsch Lenins wie folgt beschrieben:

„Lenin nennt die grundlegenden ökonomischen Merkmale des Imperialismus:

1. Konzentration der Produktion und des Kapitals, die eine so hohe Entwicklungsstufe erreicht hat, dass sie Monopole schafft, die im Wirtschaftsleben eine entscheidende Rolle spielen.
2. Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital und Entstehung einer

[4] Zitiert nach Luxemburg,Rosa (1670): Die Akkumulation des Kapitals: Verlag Neue Kritik. Frankfurt/Main

Finanzoligarchie auf der Basis dieses ‚Finanzkapitals'; besonders wichtige Bedeutung [sic!]

3. der Kapitalexport , zum Unterschied vom Warenexport, gewinnt besonders wichtige Bedeutung;
4. es bilden sich internationale monopolisierte Kapitalverbände, die die Welt unter sich teilen, und
5. die territoriale Aufteilung der Erde unter die kapitalistischen Großmächte ist beendet." (Perlo 1953: 5 zit. nach Lenin1951: 96/7)[5].

1.5. Fazit der Imperialismustheorien

„Was Hobson und Schumpeter einerseits, Hilferding, Rosa Luxemburg und Lenin anderseits angeht, so erwies sich, dass deren Theorien in verschiedenen Ausformungen weitgehend auf Erfahrungen einer bestimmten Periode der industriell-kapitalistischen Entwicklungen beruhen, die, wie wir heute wissen, nicht mehr als schlecht repräsentativ für das Wesen des [sic!] kapitalistischer Systeme überhaupt angesehen werden kann [sic!]."

(Mommsen 1987: 55)

Um die Zeit zu beschreiben, die für diese Arbeit relevant ist, nämlich vom ausgehenden Ende des 19. Jahrhunderts, kann die Zeit nach Mommsen vor 1914 beschrieben werden als eine

Periode äußerst rapiden wirtschaftlichen Wachstums, die in den weniger stark entwickelten Ländern mit stark monopol-kapitalistischen Phänomenen – Kartellen, Trusts, hohen Schutzzöllen wirtschaftlich dominierenden Großbanken – einherging. (vgl. Mommsen 1987: 55).

Vergleicht man die damaligen Aussagen über die „Herrschaft des Finanzkapitals" mit den heutigen Strukturen, so kann beobachtet werden, das heute ungleich größere Kapitalballungen

[5] Zitiert nach Lenin,Iljitsch (1951): Der Imperialismus als höchstes Studium des Kapitalismus Dietz Verlag. Berlin.

aufzufinden sind und das System nicht – wie einige marxistische Voraussagen betreffend – zusammengebrochen ist, jedoch seine Anfänge in diese Zeit zurückgingen.

1.6. Postkolonialimus und Dependenz

„Mochten bei der Etablierung der Kolonialherrschaft auch nicht-ökonomische Interessen, Motive und Zwänge am Werke gewesen sein, so war sie doch Voraussetzung für die eigentliche *wirtschaftliche Erschließung*, wie andererseits sich diese aufdrängte, um die Kolonie möglichst bald finanziell unabhängig zu machen." (Albertini 1985: 390)

Primär wurden Kolonien dazu verwendet, um Rohstoffe zu liefern.
„Gerade weil das sich industrialisierende Europa einen rapid steigenden Bedarf an tropischen Nahrungsmitteln und Rohstoffen aufweise, hätten sich Chancen für die überseeischen Länder zu ergeben, diese ‚ihre natürlichen Ressourcen' zu nutzen und sich dadurch wirtschaftlich zu entwickeln." (Albertini 1985: 390).

Es schien so zu sein, dass steigender Außenhandel, insbesondere steigender Export, als Indikator des wachsenden Wohlstands in der Kolonie und als Beleg wirtschaftlicher Entwicklung galten. (vgl. Albertini 1985: 391)

Diese Aussage widerspricht jedoch der These von Hobson, der, wie auf den vorigen Seiten erläutert, die Ansicht vertrat, dass diese wegen der teuren Aufrechterhaltung des dortigen Militärs dem Herrscherreich eher Schaden als Nutzen bringe.

Doch stellt sich die Frage nach der kolonialen Ära wie folgt: Wieso sind die Kolonien unterentwickelt geblieben, obwohl die Exporte in die Mutterkolonien dermaßen groß und ertragreich waren?

„Man geht allgemein davon aus, dass ökonomische Entwicklung eine Abfolge kapitalistischer Stadien darstellt und die heute unterentwickelten Länder sich noch in einem – zuweilen als ursprünglich dargestellten – historischen Stadium befinden, das die jetzt entwickelten Länder

schon vor langer Zeit durchlaufen haben.“ (Gunder, Frank 1966: 149 in Fischer, Karin (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie)

„Bei den Anhängern der ‚Dependenz‘-Theorie und des strukturellen Imperialismus erscheint folgende Antwort als Erklärung für die „Unterentwicklung“ der ehemaligen Kolonien:

„Die Integration in die Weltwirtschaft habe in den peripheren Ländern nicht eine wirtschaftliche Entwicklung, sondern Unter-Entwicklung. Dabei wird etwa die Formel verwendet: ‚Growth without development‘, d. h. Wachstum hat stattgefunden, insofern Produktionszahlen und der Umfang des Außenhandels zugenommen haben, aber nicht die Fähigkeit [sic!] Armut und technologische Rückständigkeit aus eigener Kraft zu überwinden – die „Entwicklungsfälligkeit“ sei durch die ökonomische Ausrichtung auf die Metropole sogar blockiert worden.“ (Albertini 1985: 391)

Bei der Dependencia-Theorie wird der Versuch unternommen zu beweisen, dass die damalige Herrschaft und das dadurch mit ihr in die Kolonien gekommene kapitalistische System Schuld an der heutigen Unterentwicklung trägt:

„Zwei Probleme stehen dabei im Vordergrund, zum ersten das Problem des ‚ungleichen Austausches‘, das heißt der ungerechten Bewertung der Exportgüter der Entwicklungsländer einerseits, der Industrieländer andererseits, und zum zweiten die Rolle der multinationalen Konzerne, die insbesondere in den Ländern der Dritten Welt über eine unkontrollierbare Marktmacht verfügen.“ (Mommsen 1987: 109)

Dieser theoretische Ansatz der im letzten Absatz beschriebenen Dependenztheorie ist nicht der einzige, jedoch der am meisten verbreitete theoretische Ansatz, der den Versuch unternimmt zu erklären, wieso ein Abhängigkeitsverhältnis zwischen den ehemaligen Herrscherländern zu den ehemaligen Kolonien von der Dekolonisation an bis zum heutigen Tage besteht.

2. FRANKREICH

2.1. Die „mission civilisatrice"

„Civilization is particularly French concept; The French invented the term in the eighteenth century and have celebrated the achievements of their own since then." (Conklin 1997: 1)

Frankreich hat in seinen eigenen Kolonien noch nie so eindeutig die Zivilisierung gepredigt wie zu Zeiten der Dritten Republik.

„Of course, all European powers at the end of the nineteenth century claimed to be carrying out the work of civilization in their overseas colonies; but only in republican France was this claim elevated to the realm of official imperial doctrine." (Conklin 1997: 1)

Frankreich sah sich dazu auserwählt, die Zivilisierung in der Welt voranzutreiben und nannte diese Mission die „*mission civilisatrice"*.

Diese Idee ist nicht erst in der Dritten Republik entstanden, sondern Frankreich sah sich mit seiner Kultur schon längere Zeit als überlegen anderen indigenen Völkern gegenüber an.

„This idea of a secular *mission civilisatrice* did not originate under the Third Republic; it nevertheless acquired a particularly strong resonance after the return of democratic institutions in France, as the new regime struggled to reconcile is agressive imperialism with it´s republic ideas." (Conklin 1997: 1)

Frankreich ging in der Dritten Republik durch die Idee dieser Mission davon aus, dass „[…] colonial subjects were too primitive to rule themselves, but were capable of beiing uplifted and that this fact initiated that that the French were particularly suited, by temparament and by virtue of both their revolutionary past and their current industrial strenght, to carry out this task" (vgl. Conklin1997: 2).

Die Gründung dieser Ideologie erfolgte nicht etwa von Politikern, sondern von Mitgliedern der französischen Geographiegemeinschaften, was umso mehr überrascht, da dies aufgrund der hohen Popularität in die Politik des Kolonialismus eingeflossen ist.

„The earliest references to France´s *mission cilvilisatrice* under the Third Republic came not from politicians but from members of a nascent geographic movement in

France.“ (Conklin 1997: 1 2)

Mit fortschreitender Technologisierung und Ausbau und Modernisierung von Waffen verringerten sich auch die finanziellen Kosten. Zur gleichen Zeit wuchs in Frankreich die Bestrebung der republikanischen Elite, neue Kolonien zu erwerben, um den Verlust von Elsass-Lothringen zu kompensieren.

They (the publicists of geoprahical movements) aimed it clear that colonies were desireable because they would, as one member said, to open up new fields for France´s civilizing mission.(vgl Conklin 1997: 12)

„The literature of the geographic societies repreated over and over this notion that the Third Republic had a particular obligation to colonize/civilize; regarding the colonization of central Africa, another member remarked that it was the duty „to contribute to this work of civilization.“ (Conklin1997: 12 zit. nach Murphy 1948: 15)[6]

Mit ansteigendem Interesse an der Vermessung Afrikas und Asiens im 19. Jahrhundert und durch Gründung vieler „Geographiegemeinschaften“ wurden Argumente hervorgebracht, Kolonien zu erwerben.

Eines dieser Journale, in dem Berichte über die Vermessung veröffentlicht wurden, hieß zum Beispiel: *„L´Afrique exploree´ et civiliseé“*, was auch zeigen soll, dass sich die Idee der Zivilisierung beziehungsweise Kartographisierung Afrikas innerhalb Frankreichs einer großen Popularität erfreute.

„Some of the publicists were optimistic enough to think that France´s civilizing mission could proceed wthout the use of force, emphasing instead the idea of moral conquest through the dissemination of ideas and exchange of ideas.“ (Conklin 1997: 12).

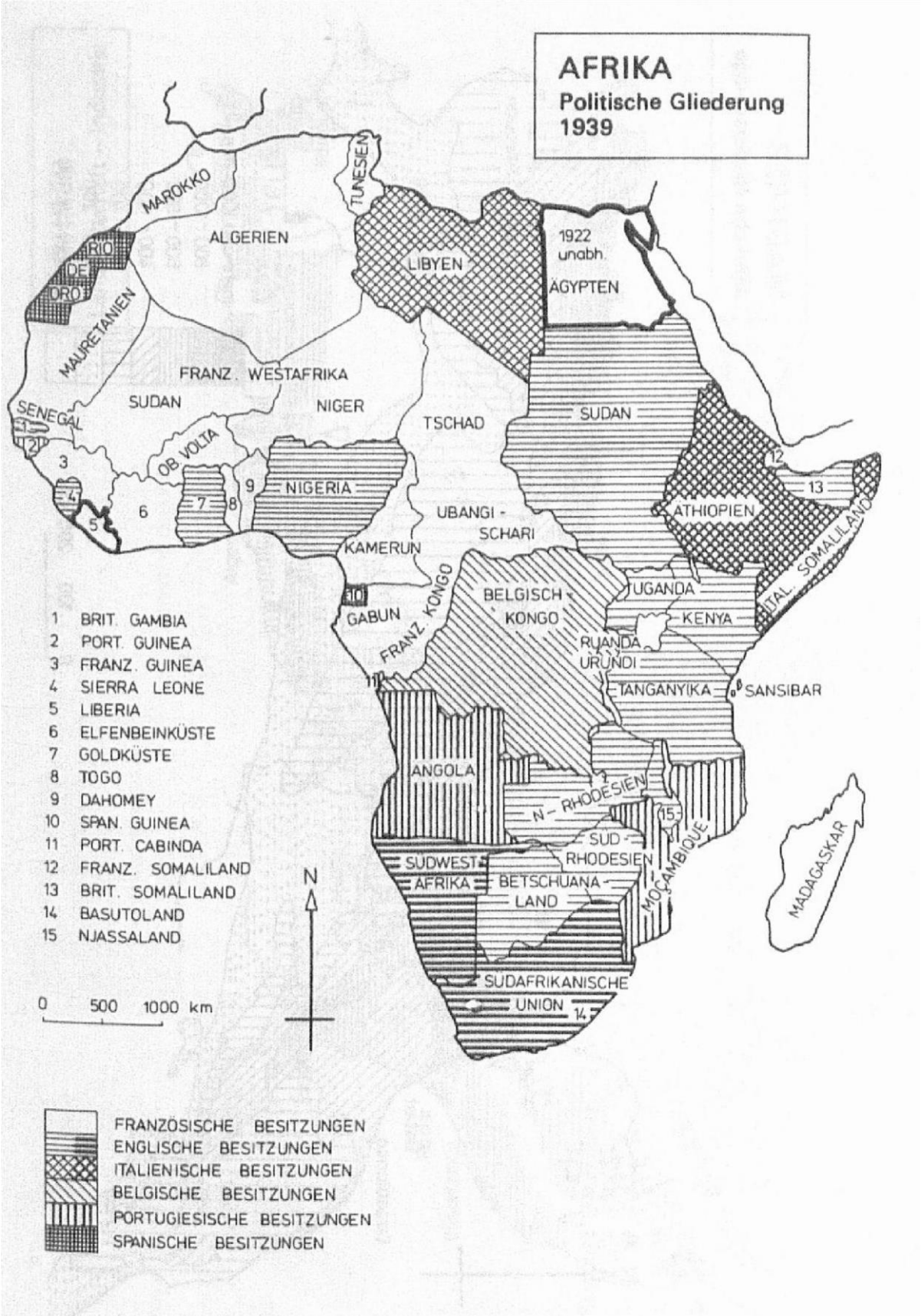
[6] Murphy, Agnes(1948): The ideology of french imperialism1871 – 1881.Catholic University Press, Washington D.C.

Die führenden französischen Politiker dieser Zeit, León Gambetta, Jules Ferry oder Charles de Freycinet, zeigten aber nur mäßiges Interesse an dieser Propaganda der

Geographiegemeinschaften, doch 1878 entschied die republikanische Führung Frankreichs nun doch die Argumente dieser Gemeinschaften geltend zu machen, die Rolle Frankreichs aus politischen und wirtschaftlichen Gründen auf die Überseegebiete auszuweiten, um die Zivilisierung voranzutreiben.

Insgesamt kann über die *mission civilisatrize* gesagt werden:

It is probably impossible to determine when the term „mission cilvilsatrice“ was first used in France, however we do know that the noun „civilization“ initially surfaced in the eighteenth century. Howevever not before 1776, because before using this terminus, the French word was ‘policé’ (for example: un peuple policé) to describe the contrast between European societies and barbaric ones (vglConklin 1997: 14)



Bildqelle aus: Albertini 1985: 493 zeigt politische Karte Afrikas um 1939)

2.2. Algerien

Vor der Herrschaft der Franzosen, beginnend im Jahre 1830, stand das Gebiet Algerien seit dem 16. Jahrhundert unter der osmanischen Herrschaft, in der alle möglichen ethnischen Gruppierungen, vor allem aber jüdische, zwecks Geschäften zusammenlebten und arbeiteten:

„Die Régence d´Alger“ , seit dem 16. Jahrhundert unter türkischer Herrschaft, war von einer schmalen türkischen Oberschicht schlecht und recht regiert worden, ohne die religiös-sozialen Strukturen der Landbevölkerung allzu sehr zu tangieren; Handel und Handwerk in den Städten waren in der Hand von Mauren und Juden aus Spanien, Außenhandel und Bankwesen in derjenigen von wohlhabenden Juden aus Livorno.“ (Albertini 1997: 208)

- **Vorkoloniale Herrschaft/Die Osmanen in Algerien**

Auch schon in damaliger vorkolonialer Zeit war in Berichten von Aufständen die Rede, die sich, geführt von algerischen Stammesführern, gegen die osmanische Herrschaft richteten, aber nichts mit dem modernen algerischen Nationalismus zu tun hatten:

„Anti-türkische Aufstände der Stämme unter Führung ihrer Marabouts und Scheichs adeliger Herkunft waren häufig gewesen, so dass von einem algerischen Staat und einer algerischen Nation in präkolonialer Zeit wohl kaum gesprochen werden kann.“ (Albertini 1997: 208)

Algerien war weit weg vom Zentrum des Osmanischen Reiches, was Vorteile für die eingeborenen Algerier mit sich brachte.

Das Osmanische Reich, vor allem aber Algerien, unterstützten seit der Zeit vom 16. Jahrhundert die Piraterie, um gegen christliche Schiffe und Handel im Mittelmeer vorzugehen.

Als berühmtestes Beispiel sind an dieser Stelle die Gebrüder Barbarossa zu nennen, wobei sich Algier unter deren Schutz stellte. Also kann festgehalten werden, dass sich Algier im 16. Jahrhundert zugleich unter die Fittiche des zeitgenössischen Piratentums wie auch unter jene des Osmanischen Sultans stellte, was natürlich ein Dorn im Auge z. B. Frankreichs war. (vgl. Schmid 2006: 7)

Der Zentralapparat des Osmanischen Reichs freilich war weit weg und sollte nie sonderlich tief in die Verhältnisse vor Ort eingreifen. Er begnügte sich damit, Würdenträger – an ihrer Spitze der Dey (ab 1671) – zu sein, welcher mittels Abkommen mit den jeweils dominierenden Stämmen oder Großfamilien, die aus der vorherigen nomadischen Gesellschaftsordnung herrühren,; dem `Dey´, der höchste türkische Vertreter des Sultans, unterstehen drei Beys, die ihrerseits je eine Provinz anführen und die Steuern kassieren. (vgl. Schmid 2006: 8)

Der größte Teil der Algerier lebte nicht in den Städten, sondern auf dem Land von Agrikultur oder Viehzucht.

Interessant ist die Vorgeschichte, die eigentlich dazu führte, Algerien zu erobern beziehungsweise ab 1830 zu besetzen:

Im Jahre 1798/99, zur Zeit Napoleons I., bestellte Frankreich bei zwei algerisch-jüdischen Geschäftsleuten, Bacri und Busnach, den Inhabern eines zur damaligen Zeit bedeutenden Bankhauses, eine Großbestellung an Getreide im Gegenwert von 7,94 Millionen Francs in Goldwährung, um die Ernährung des französischen Expeditionskorps sicherzustellen. (vgl. Schmid 2006: 9)

Nach 20 Jahren und der Schlappe Napoleons 1819 einigten sich beide Parteien, Frankreich wie auch die jüdisch-algerischen Bänker, auf sieben Millionen Francs, wobei aber nur 4,5 Millionen Francs von Frankreich überwiesen wurden.

Da der Dey von Algier selbst Hauptgläubiger des Handelshauses von Bacri und Busnach war, schrieb er nun eigenhändig an den französischen König und forderte ihn auf, die Restsumme zu bezahlen; der Adressat jedoch schwieg sich aus und der damalige französische Konsul, der Vertreter der französischen Krone, spottete dem Dey gegenüber. (vgl. Schmid 2006: 9)

So kam es zu Spannungen in den Beziehungen zwischen Frankreich und Algerien, die sich nun verschärften, da sich das politisch-militärische Kräfteverhältnis zwischen beiden Ländern

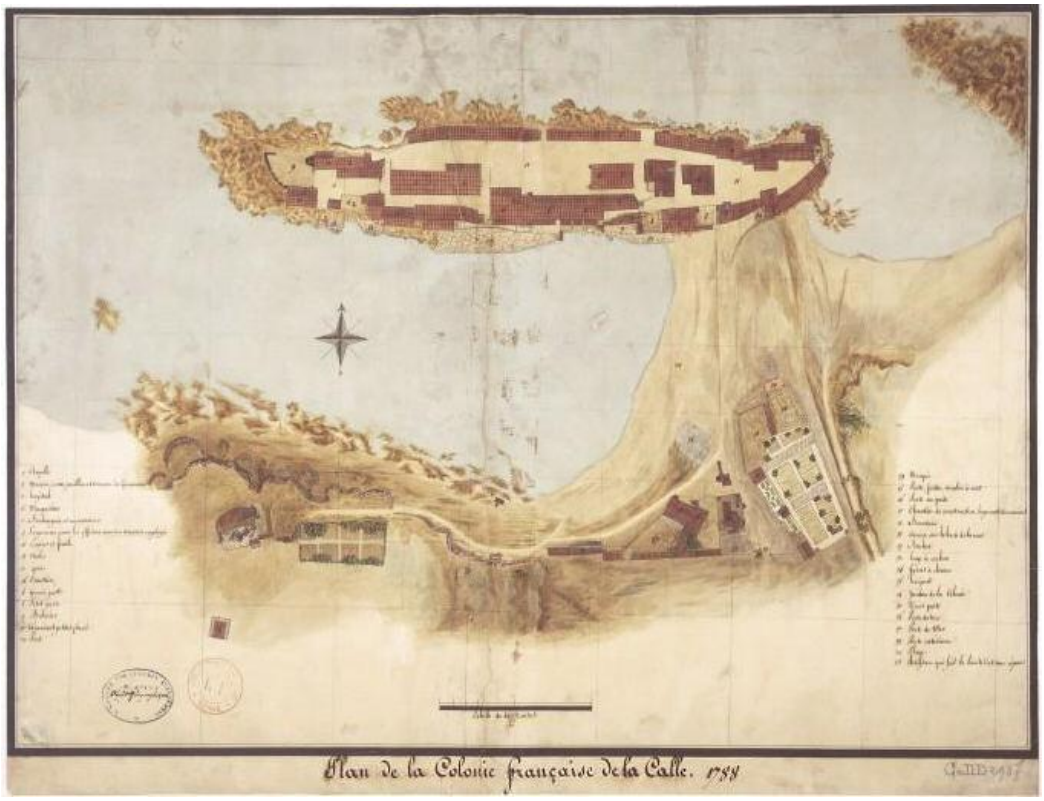
wandelte und sich Anfang des 19. Jahrhunderts die Praxis der Steuereintreibung im nordafrikanischen Hinterland verschärfte. (vgl. Schmid 2006: 10)

Der französische Konsul Deval besetzte 1825 die Handelsniederlassung von La Calle und forderte …im Namen der Monarchie die Abtretung des Küstenstreifens rund um von Bone (dem heutigen Annaba, Hafenstadt in Algerien) bis zur tunesischen Grenze als „unbezahlte Konzession. (vgl. Schmid 2006: 10).

Man muss hier anmerken, dass der französische Konsul eine eher unrühmliche Rolle in diesem politischen Vorgang spielte, da er eigentlich ohne relevanten oder triftigen Grund den Einmarsch nach Algerien anordnete und „[...] schon 1816 die Summe von 479.000 Goldfrancs, die König Louis XVIII [sic!] als Anzahlung an Algier bereit gestellt hatte, angeblich selbst einkassiert und behalten hatte.(vgSchmid 2006: 10)

Auf alle Fälle ließ der Dey diese Blockade am 12. Juni 1827 niederwalzen, nachdem das französische Geschwader den Hafen Algier besetzte; Frankreich jedoch ließ sich nicht beirren und suchte bei seinen Verbündeten Partnern Rückhalt.

(Bildquelle: Wikipedia, Karte von La Calle;



http//upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d7/Plan_de_la_colonie_francaise_de_la_calle_1788.jpg)

„Frankreich suchte zunächst Rückhalt beim ägyptischen Vizekönig und Statthalter von Konstantinopel, Mehmet Ali, um gegen Algerien und andere Schurkenstaaten vorzugehen, welche die Piraterie unterstützen.“ (Schmid 2006: 10)

Zuerst bat der französische König den damaligen osmanischen Pascha, Statthalter und Vizekönig Ägyptens, Mehmet Ali[7], um Unterstützung, der aber ablehnte.

Großbritannien, welches damals aufgrund seiner großen Seemacht das Problem der Piraterie nicht zu fürchten brauchte (es war deren Vorteil, da den konkurrierenden Flotten durch die Piraterie das Leben schwergemacht wurde), half schlussendlich Frankreich dabei, doch noch in Algerien einmarschieren zu können.

[7] http: //de.wikipedia.org/wiki/Muhammad_Ali_Pascha, Zugriff 3.01.2013

Der Weg wurde nun durch einen kleinen diplomatischen Tauschhandel auf der europäischen Bühne deutlich, indem Frankreich 1830 die Souveränität des neu geschaffenen Staates Belgien anerkannte und umgekehrt London den „Spaziergang“ der Franzosen nach Algerien verzieh. (vgl. Schmid 2006: 10)

Wie vorher erwähnt wurde durch diese „diplomatische Rochade“ der Weg Frankreichs für eine Besetzung Algeriens freigemacht.

„Am 20. April 1830 sticht im französischen Kriegshafen Toulon eine Kriegsflotte in See, deren Schiffe allein 64.000 Mann Besatzung zählen und von denen 37.000 Mann das Landheer ausmachten. Diese Flotte landete 13/14 Juni Sidi Ferruch – ein Vergnügungshafen ca. 20 Kilometer weit weg von Algier.“ (Schmid 2006: 10)

2.3. Frankreichs Eroberung Algeriens – der Beginn

Am 14. Juni 1830 wanderten ungefähr 37.000 französische Militärs nach Algerien ein und am 5. Juli 1830 kapitulierte der Dey schließlich.

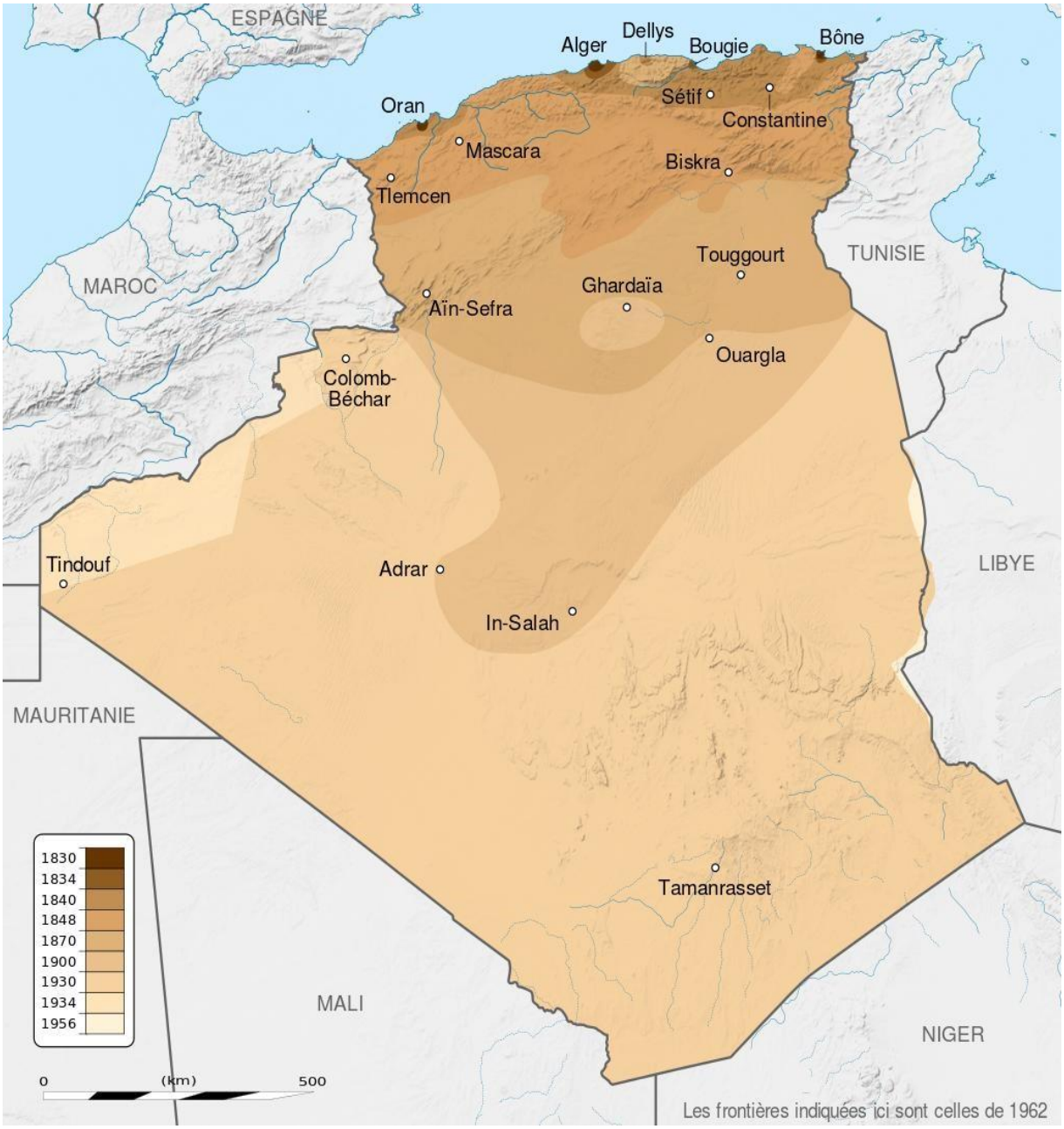
Der Dey persönlich und seine Janissaren wurden verschont, jedoch verleibte sich Frankreich den algerischen Staatsschatz im Wert von 50 Millionen Goldfrancs wie auch die Staatsländereien ein. (vgl. Schmid 2006: 11) Ursprünglich war keine Eroberung oder Inbesitznahme Algeriens geplant, nur Marseilles war an einer französischen Besatzung in Algerien interessiert.[8]

Jedoch wurden die Militärs, die die Szene beherrschten, zunehmend zum Eingreifen gezwungen, zum Teil entgegenkommend, zum Teil „durchgreifend“, da im Osten des Landes der junge Marabut „Abd el Kader“ den heiligen Krieg, den „Jihad“, ausrief und den Franzosen empfindliche Niederlagen beifügte. (vgl. Albertini 1997: 208)

(Auf dem Bild: Abd-el Kader, Bildquelle: http: //de.wikipedia.org/wiki/Abd_el-Kader)

[8] Die Mehrheit der liberalen französischen Ökonomen war gegen eine Expedition.

Betrachtet man die Aufstände von Seiten der Algerier, so kann gesagt werden, dass [...] die einheimischen traditionellen Eliten diesen Kampf in der Regel nicht als politischen Verteidigungs- oder Unabhängigkeitskrieg, sondern als ‚Jihad' für die ‚Verteidigung der Religion' sah und es deswegen eine Rolle spielte, das moderne politische Konzepte, die an Stelle der tradierten religiösen Vorstellungen aus Gründen des noch prä-nationalen Stadiums der algerischen Gesellschaft treten könnten, noch fehlten. (vgl. Schmid 2006: 12)



(Bildquelle, aus Wikipedia: http: //de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Algeriens)

1831 wurde von Frankreich vor Ort die Fremdenlegion (Legion étrangere) gegründet, die als Instrument zur leichteren Eroberung und Durchdringung Algeriens Abenteurer, Glücksritter wie auch aus politischen Gründen Emigrierte und Deserteure aus anderen Ländern anzog. (vgl. Schmid 2006: 14)

Die Besetzung des gesamten Gebiet Algeriens konnte schließlich relativ schnell vonstattengehen:

Oran fiel 1831 vor dem französischen Ansturm, Bone (Annaba) 1832, Bougie und Blida im Atlasgebirge 1833 und schließlich eroberten die Franzosen am 13. Oktober 1837 die große Metropole des Ostens Constantine. (vgl. Schmid 2006: 14)

Durch die Ausweitung des Herrschaftsapparates der Franzosen kam es in einigen Gebieten zu einer zunehmenden Vertreibung der Juden wie auch Araber bzw. der arabisch-berberischen Bevölkerung aus den Städten

2.4. Die Verwaltung

Gleich nach der Eroberung Algeriens begannen die Kolonisierung und der Aufbau einer Verwaltung.

- **„Bureaux des Affaires Arabes“:**

„Mit dem ‚Bureaux des Affaires Arabes‘ entstand gleichzeitig eine Form indirekter Verwaltung, indem Offiziere mit arabischen Sprachkenntnissen bestrebt waren, mittels Anerkennung traditioneller Notabeln den Kontakt zur mosleminischen Bevölkerung herzustellen, mit der Tendenz allerdings, größere Stammeseinheiten aufzubrechen und die lokale Verwaltung zu übernehmen.“ (Albertini 1997: 208)

Auf dem Land spielten die *Caids* eine bedeutende Rolle, französische Beamte, die nach eigenem Willen walten konnten.

„Die Caids, die in keinem Fall durch die betroffene Bevölkerung gewählt wurden, sondern ausschließlich von oben bestimmt wurden, übernehmen örtliche Aufgaben gleich eines Bürgermeisters [sic!]. “(Schmid 2006: 14).

Die vormals herrschende türkische Oberschicht wurde vertrieben, da deren Einfluss eher unerwünscht war.

„In der Umgebung von Algier waren die türkischen Grundbesitzer geflohen oder vertrieben worden. Hereinströmende Franzosen, oft fragwürdiger Qualität, nahmen das Land in Beschlag oder kauften es unter seinem Wert.“ (Albertini 1997: 208)

Mittels dieser eingerichteten französischen Büros konnten ebenfalls staatlich geförderter Grund und Boden an Einwanderer aus Frankreich abgegeben werden.

„Gleichzeitig setzte die sogenannte , Colonisation officielle ‘, also die staatlich geförderte Siedlung ein, wobei unter anderem unbebauter Boden zu Staatseigentum deklariert und eine Eigentumsabklärung in Gang gesetzt wurde, sodass bereits 1842 – 1845 105 000 Hektar Land an neue Siedlungsdörfer abgegeben wurden.“ (Albertini 1997: 208)

- **Kolonialgesetze in Algerien**

„Ein Gesetz vom 18. April 1841 garantierte Land, Verpflegung und Territorium für europäische Einwanderer, die sich in Algerien niederlassen wollten. Mit der Bedingung, dass diese für eine bestimmte Periode das erhaltene Land bewirtschaften.“ (Romstorfer 2005: 14)

Im Jahre 1845 folgte daraufhin ein Gesetz, welches die administrative Aufteilung Algeriens in drei Departements, *Alger, Constante* und *Oran*, vollzog.

„Es wurde auch eine neue rechtliche Klassifizierung der Gebiete beschlossen und das Land in *zones civiles (mehrheitlich europäische Bevölkerung), zones mixtes* (europäische Bevölkerung in der Minderheit) und *zones arabes* (keine europäischen Siedlungen) eingeteilt, wobei in den zones mixtes und zones arabes die bürgerlichen Freiheiten zugunsten der Militärverwaltung eingeschränkt wurden.“ (Romstorfer 2005: 14)

In den 1850er Jahren, genauer gesagt am 21. Juli 1847, wurde zudem das Gesetz des „Cantonnement“ in Algerien eingebürgert, welches das Nomadentum der einheimischen Musliminnen einschränken sollte:

Algerier mit „*Arc*“ Land , das heißt Stammesland mit Nutzungsrechten, wurden aufgefordert oder gezwungen, ein Teil davon dem Staat zu übertragen, um für das restliche Land die Anerkennung als individuelles oder kollektives Eigentum zu erhalten; faktisch implizierte diese Methode ein „*Refoulement*“ der Einheimischen, zumal die Eigentümer der Versuchung oft nicht widerstehen konnten, ihren Boden zu verkaufen. (vgl. Albertini 1997: 208).

Doch diese verabschiedeten Gesetze sollten nur nach außen hin den Anschein der Legalität dieser Handlungen bzw. Verkäufe erwecken.

Mit der Februar-Revolution von 1848 kamen die Zivilisten bzw. die *Colons* zum Zuge, da die republikanische Verfassung Algerien zu einem „partie intégrante du territoire francais“ umwandelte; Algerien wurde in drei Departemente mit Präfekten und Unterpräfekten gegliedert und die Algerien-Franzosen erhielten allgemeines Wahlrecht wie auch drei *Députés* beziehungsweise Sitze im Pariser Parlament. (vgl. Albertini 1997: 208).

- **Siedlungspolitik**

In der Dritten Republik Frankreichs wurde dann eine neuerliche Stimulation beziehungsweise Förderung der Siedlungspolitik beschlossen, und so kam es, dass ....am 26. Juli 1873 wieder die staatliche Unterstützung unter anderem durch das Gesetz *Warnier* eingeführt wurde, die bei einer Bewirtschaftung von fünf Jahren freies Land und Verpflegung garantierte und das algerische Land so klassifizierte, dass jede Form von kollektiven Besitz abgeschafft wurde, wodurch die Landrechte der muslimischen Bevölkerung stark eingeschränkt wurden und das Gesetz als Mittel der Enteignung der arabisch-berberischen Bevölkerung diente.

(vgl. Romstorfer 2005: 15 zit. nach Sutton 1991: 132)

2.5. Die Gesetzgebung Frankreichs in den Kolonien (allgemein)

Die allgemeine Gesetzgebung in den französischen Kolonien stellte eine komplizierte Angelegenheit dar. In den französischen Kolonien war es üblich, dass Gesetze, Verordnungen bzw. Dekrete aus Frankreich kamen und in den beherrschten Gebieten Allgemeingültigkeit aufwiesen.

Die überwiegende Mehrzahl der im Mutterland geschaffenen Rechtsnormen für die französischen Kolonien wurde allerdings nicht im Parlament, sondern vom Präsidenten der Republik durch Dekrete erlassen. (vgl. Wengler 1937: 10)

Der normale französische Gesetzgeber war berechtigt, jede Materie, welche die koloniale Gesetzgebung betrifft, aufzugreifen. (vgl. Wengler 1937: 10).

Durch Dekrete wurden auch vielfach Gesetze des Mutterlandes in der Kolonie eingeführt; so wurde z. B. fast der gesamte französische Zivil- und Starfrechtskodex für die in den Kolonien lebenden Weißen eingeführt. Da die Dekrete des Präsidenten der Republik formell auf seinem „*Pouvoir réglementaire*“ beruhten, konnten sie sich nicht auf die verfassungsgesetzlich dem ordentlichen Gesetzgeber vorbehaltenen Gegenstände erstrecken; durch Dekret konnte insbesondere auch ein ausdrücklich für die Kolonien erlassenes Gesetz nicht geändert werden. (vgl. Wengler 1937: 10)

Wichtig ist hier anzumerken, dass ein Gesetz oder ein Dekret erst dann Rechtsgültigkeit innerhalb der Kolonie erlangte, wenn dieses im *Journal Offici*el der Kolonie promulgiert wurde. Dieses zu veröffentlichen war die Pflicht des Gouverneurs, der aber an keinen Termin oder feststehenden Zeitpunkt gebunden war und so die Veröffentlichung unterlassen oder durch Abänderungsvorschläge hinauszögern konnte, so dass es häufiger zu Missständen innerhalb der Kolonien kam. (vgl. Wengler 1937: 10)

Außerdem hatte der Gouverneur in der Kolonie auch das Recht, im gleichen Umfang wie der Präsident Dekrete zu erlassen, sofern diese nicht im Widerspruch mit der Gesetzgebung im Mutterland standen.

„Kritisiert wird die Nichtmiteinbeziehung des Parlaments, jedoch werden die Dekrete stets auf Vorschlag des Kolonialministers erlassen, der seinerseits dem Parlament verantwortlich ist; an diesem Punkt wird klar, dass die französische koloniale Gesetzgebung sehr unübersichtlich ist.“ (Wengler 1937: 11)

Entwürfe über Gesetze mussten dem *Conseil Colonial* zur Begutachtung übergeben werden, das auch selber Vorschläge zu Verordnungen machen konnte und aus dem Kolonialminister als Vorsitzenden, acht vom Präsidenten und drei von der Kammer und dem Senat gewählten Mitglieder bestand. Diese Mitglieder jedoch, die weder aktive Kolonialbeamte noch Parlamentsmitglieder sein durften, hatten nur eine beratende Funktion. (vgl.

Wengler 1937: 11)

2.6. Der koloniale Beamtenapparat Frankreichs

- **Der französische Gouverneur**

Als Repräsentant des Oberhaupts Frankreich ist der Gouverneur immun vor den Gerichten in der Kolonie und kann nur im Mutterland verklagt werden. Alle Gouverneure werden vom

Präsidenten der Republik auf Vorschlag des Kolonialministers auf vier Jahre ernannt; Parlamentsmitglieder können aber seit 1928 höchstens sechs Monate lang das Amt eines Gouverneurs bekleiden. (vgl. Wengler 1937: 33)

War der französische Gouverneur beschäftigt, so übernahm sein Stellvertreter, der Generalsekretär, seine Tätigkeiten.

Ein beratendes Kollegium, das `Conseil d´administration´, steht dem Gouverneur bei, bestehend aus Beamten der Handelskammer, Verwaltungsbeamten wie auch einer kleinen Zahl Eingeborener, die aber von Kolonie zu Kolonie unterschiedliche Befugnisse haben.

(vgl. Wengler 1937: 33)

Aufgabe des Gouverneurs ist es …in erster Linie den Erlass von Rechtsnormen durch Verordnungen (arrêtes), deren Grenzen nicht klar abgesteckt sind, zu veröffentlichen. Er ist der alleinige Leiter der Verwaltung ohne vorherige Befragung des Kolonialministers. Ständige Berichte und der Kontakt mit dem Ministerium bzw. dem Kolonialminister wie auch die Beratung mit dem *conseil d´administration* sind verpflichtend und immer den Weisungen und dem Kolonialminister unterworfen (vgl. Wengler 1937: 34)

Der Gouverneur, offizieller Vertreter Frankreichs, ist aber auch an gewisse Reglements gebunden. Zum Beispiel darf er nicht ohne Zustimmung des Kolonialministers eine in der Kolonie ansässige Person heiraten und besitzt die Immunität, da er der Vertreter Frankreichs in der Kolonie ist.

„Zu den Befugnissen des Gouverneurs gehören in erster Linie der Erlass von Rechtsnormen durch Verordnungen *(arrêtes)*; die Grenzen dieser Rechtssetzungsbefugnis sind nicht ganz klar abgesteckt; die einschlägigen Delegationsbefugnisse sind sehr dehnbar, doch wird der Raum für die Rechtssetzung des Gouverneurs dadurch immer kleiner, das zahlreiche Materien durch Dekret geregelt werden; auf dem Gebiet der Eingeborenenverwaltung und des Eingeborenenrechts haben sie bisher noch vollständig freie Hand.“ (Wengler 1937: 34)

Ähnlich wie bei den Aufgaben eines Botschafter ist der Gouverneur alleiniger Leiter der Verwaltung im engeren Sinne; dabei entscheidet er im Zweifel ohne vorherige Befragung des Kolonialministers; für wichtige Angelegenheiten (z. B. die Erteilung einer Konzession) findet natürlich eine Tuchfühlung mit dem Kolonialministerium statt. Ein *Circulaire* des Ministers erinnert daran, dass der Gouverneur eine „*action éminente sur tous les services*“ ausüben soll; er soll ständig durch Berichte den Kontakt mit dem Ministerium erhalten und dieses dahingehend benachrichtigen, in welche Richtung er seine Verwaltungspolitik zu führen gedenkt. (vgl. Wengler1937: 34/35)

- **Die Beamten des Gouverneurs**

Der *Secrétaire général* ist der engste Mitarbeiter des Gouverneurs, der mittels Aufgabenteilung zwischen ihm und dem Gouverneur bestimmte Angelegenheiten beziehungsweise bestimmte Aufgaben und Teilbereiche zugewiesen bekommt.

„Der *Secrétaire général* wird zwar vom Präsidenten der Republik ernannt, bedarf aber stets des besonderen Vertrauens des Gouverneurs hinsichtlich dienstlicher Aufgaben und ist dessen Anweisungen unterworfen. (Wengler 1937: 35):

Die anderen dem Gouverneur und dem *Secrétaire general* unterstellten Beamten in den Kolonien sind in bestimmte Kategorien unterteilt, wobei eine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Typen vorgenommen werden kann:

„Wichtig ist die Unterscheidung der durch Präsidialdekret einerseits und der durch lokale Verordnungen andererseits geregelten Beamtenkategorien.

Von den Beamten der allgemeinen Verwaltung gehören neben den Gouverneuren und den *Secréteraires généraux* vor allem die *administrateurs coloniaux*“ dem durch Dekrete geschaffenen ‚*Service colonial général* ‘ an.“ (Wengler 1937: 37).

Um ein Beamter zu werden, bedarf es zunächst einmal des Abiturs oder Besuchs bei der *École Nationale de la France d´outre-mer* (früher *École colonial*) und der Ablegung einer besonderen Prüfung.

Die „*administrateurs*“ sind vor allem als „*commandants de cercle“* (bzw. *de departement*) tätig und stellen so die wichtigste Kategorie der französischen Kolonialverwaltungsbeamten dar. (vgl. Wengler 1937: 37)

Doch ergibt sich die Frage, wie das Herrschaftsverhältnis zu den Eingeborenen auf der persönlichen beziehungsweise lokalen Ebene verlief.

Im Lokalbereich verlief die Herrschaft viel persönlicher....touch , da die fremde Administration das Territorium intensiver erfasste als bisher, aber doch verhältnismäßig locker war: Verstreut in riesigen Bereichen kamen die Residenten, Distriktkomissare und Commandants mit nur wenig Hilfskräften ihrer „Arbeit im Felde“ nach, weitgehend auf sich selber angewiesen, als "Mädchen für alles“ verantwortlich für Polizei, Steuereinziehung,

Stellung von Trägern und Arbeitskräften für den Wegebau, Seuchenbekämpfung. Sie waren häufig unterwegs und standen mit Stammes- und Dorfführern in persönlichem Kontakt, befehlend oder vermittelnd, autoritär und paternalistisch. (vgl. Albertini 1985: 386/387)

2.7. Die Rolle der algerischen Dorfältesten/Stammesführer

Bei der Form oder Art der Herrschaft stellt sich dabei die grundlegende Frage, wie man sich verhalten soll beziehungsweise ob man intakte Hierarchie- und Herrschaftsstrukturen beibehalten oder zerstören soll, um entweder neue zu schaffen oder die alten zu bewahren.

Im Falle der Art der Regierung Frankreichs wurden die alten zerstört und die „*direct rule*"(direkte Verwaltung; im Gegensatz zum Beispiel zu dem englischen Königreich, welches *die indirect rule*, also die Gesellschaftsformen der Kolonisierten, behält) eingeführt. Doch kommen diese Arten der direkten oder indirekten Verwaltung durch Frankreich unterschiedlich in den Kolonien zum Einsatz, eben je nach Zielsetzung und Art der vorgefundenen Gesellschaftsstrukturen.

Doch muss an dieser Stelle bemerkt werden, das ...auch die noch so direkte Verwaltung nicht ohne einheimische Dorfälteste oder Häuptlinge auskam, wie diese auch in der *indirect rule* faktisch zu Ausführungsorganen der Verwaltung wurden und sich so ihre Autorität in dem Sinne gewandelt hat, dass diese nicht mehr durch ihre traditionelle Legitimität herrschen, sondern ihre Ernennung und Anerkennung eben auf den Kolonialmächten beruhte.

(vgl. Albertini 1985: 387)

Dies bringt einige Vorteile für die Stammesführer/Dorfältesten:
Während ihre Stellung einerseits gestärkt wurde, indem überkommende Kontrollmechanismen wie Abwahl, Ältestenräte usw. ausfielen, büßten sie andererseits an echtem Ansehen ein, zumal ihnen unliebsame Aufgaben wie Steuererhebung, Wegebau, Impfzwang übertragen wurden; gleichzeitig aber kam ein nach Ort und Zeit sehr divergierender Individualisierungsprozess in Gang, der die traditionellen Gehorsams- und Gefolgschaftsverpflichtungen lockerte. (vgl. Albertini 1985: 387)

In den abgelegenen Bereichen, die administrativ kaum erfasst und ökonomisch nur am Rande in das marktorientierte System der Geldwirtschaft einbezogen worden sind, mochten die traditionellen Herrscher ihre Rolle als Führer der Bevölkerung weiterhin spielen; doch büßten

diese durch die von den Kolonialherren gegebene Repräsentations- und Führungsfunktion gerade dort ihre Führungsposition ein, wo die koloniale Durchdringung und der dadurch bedingte soziale Desintegrationsprozess stark waren:
Hier wurden sie oft zu einer privilegierten und weitgehend parasitären Oberschicht mit oder ohne administrative Funktionen, die sich zusehends an das koloniale Regime gebunden sah, je mehr die Elite als Herausforderung in Erscheinung trat. (vgl. Albertini1985: 388)

Die Dritte Republik Frankreichs begann nun ab 1870 die Assimilationspolitik, und Algerien, wie schon bekannt, wurde weiterhin in drei Departements verwaltet, allerdings mit neuen Änderungen, die einzig Algerien, das französische Kolonial-Kronjuwel, betrafen.

Algerien wurde, wie Frankreich, in drei Departements aufgeteilt und nun vom Innenministerium verwaltet, als ob es ein Teil der Metropole wäre (obwohl nur der Süden im Wesentlichen die lediglich von einigen Nomadenstämmen bevölkerte Wüste Sahara umfasste und praktisch einem Militärregime unterstellt blieb) und die Departements ihre gewählten Räte, auch Abgeordnete im Pariser Parlament, hatten, wobei nur französische Bürger das Wahlrecht innehatten. (vgl. Bloch1972: 72)

1896 war das Jahr der Änderung für Algeriens Status einer Kolonie zu einem integralen Teil Frankreichs:

1896 wurde das Statut Algeriens etwas geändert, indem zwar die territoriale Einteilung des Landes unangetastet blieb, die direkte Verwaltung der Kolonie allerdings durch die diversen Ministerien in Paris aufgehoben und die Macht des Generalgouverneurs verstärkt wurden, so dass dadurch die „Assimilation“ an die Metropole abgeschwächt wurde. (vgl. Bloch 1972: 72)

Es lagen verschiedene Motive der Kolonialpolitik zugrunde, zumal die französische Industrie an Rohstoffen aus Überseegebieten interessiert war, ferner Absatzmärkte für ihre Produkte zu finden hoffte und später auch viele Kapitalien angelegt wurden, da in den Kolonien die Arbeitskräfte viel billiger als in den französischen Metropolen waren und so die

Herstellungskosten für die Erzeugung von Produkten erheblich gesenkt werden konnten. (vgl. Bloch 1972: 75).

Es wurden zahlreiche Einrichtungen wie Schulen oder Krankenhäuser errichtet, um junge Araber und Berber näher an die französischen Bräuche, Kultur und Denkweise zu bringen […] jedoch besuchten diese nur wenige der eingeborenen Algerier, teils weil deren Niveau von der Grundschule an zu hoch für sie war, aber auch weil die moslemische Geistlichkeit der französischen Kulturpolitik mit einer eher ablehnenden Haltung gegenüberstand.

(vgl. Bloch1972: 72)

Man sollte vielleicht hier anmerken, dass es verschiedene muslimische Gepflogenheiten gibt, die einem Abendländler als nicht akzeptabel erscheinen, wie zum Beispiel die Polygamie in der muslimischen Religion, die – heute wie damals – als unüberwindbares Hindernis für die Gewährleistung eines französischen Bürgerrechts und für eine effektive Assimilation gilt.

Die Universität von Algier wurde 1909 unter dem *Generalgouverneur Jonnart* gegründet, wobei angemerkt werden muss, dass die meisten Studienplätze und Professuren den europäischen Siedlern vorbehalten waren.

Bis 1912 war es trotz der hohen Steuerlast und anderer Mängel wie z.B. des verpflichtenden Militärdiensts ruhig bei den algerischen Arabern und Berbern.

„Erst in den letzten Vorkriegsjahren kam die Bewegung der ‚Jungen Algerier' – nach dem Vorbild der ‚Jungtürken' – auf, die mehrere Aspekte der französischen Herrschaft kritisierte, insbesondere die hohe Steuerlast wie auch die Militärdienstpflicht, welche 1912 für die Algerier eingeführt wurde. Diese Bewegung strebte allerdings nicht nach einer

Unabhängigkeit, sondern im Gegenteil eine effektive Assimilation der Algerier an Frankreich mit Gleichberechtigung und folgend begab sich eine Delegation 1912 nach Paris, um den französischen Innenminister ein Memorandum zu überreichen, in dem sie die Abschaffung der diskriminierenden Maßnahmen gegenüber den Mohammedanern, eine Verminderung der Steuerlast und eine stärkere politische Repräsentation verlangte.

(vgl. Bloch1972: 72)

Unbestritten ist aber, dass Algerien durch die französische Verwaltung einen enormen wirtschaftlichen wie auch kulturellen Aufschwung erfuhr und sich die dort ansässige algerische

Bevölkerung durch bessere sanitäre Einrichtungen und medizinische Versorgung schnell vermehren konnte.

1936 zählte man 950 000 algerische Siedler gegenüber sechs Millionen Arabern und Berbern; doch war der Prozentsatz der Europäer im Sinken, da sich die einheimische Bevölkerung schneller vermehrte und dieser Bevölkerungszuwachs mit einer steigenden Verarmung der Massen einherging, die die Entstehung eines ländlichen und insbesondere städtischen Proletariats zur Folge hatte. (vgl. Boch1972: 336)

„Volles Bürgerrecht genossen nur Franzosen und naturalisierte Ausländer (Spanier, Italiener, Malteser), nicht aber Muselmanen, die einem besonderen Statut, dem *‚Indigenat*‘ (1881) [sic!] unterstanden, einer schnell wirksamen Strafgewalt der Verwaltung für eine Reihe besonderer Vergehen; Internierung, Sequestration und Kollektivstrafen waren möglich, wer sein Dorf verlassen wollte, bedurfte eines ‚*Permits de circulation*‘.“(Albertini 1985: 210)

Weiteres wurde die Rechtsprechung in französischer Sprache mit französischem Recht praktiziert; ebenso waren die Geschworenen in der Kriminaljustiz mit Franzosen besetzt.

„Dieser (kurze) Aufriss der Verwaltung zeigt deutlich, wie sich mit der Dritten Republik eine *Administration directe* etablierte, die unter Ausschaltung der Algerier einen Herrschaftsapparat im Interesse der Francais d´Algerié darstellte, zumal das Verwaltungspersonal zu einem großen Teil aus Algerien selbst stammte.“ (Albertini 1985: 210).

Viele Algerier wanderten daher nach Frankreich in die Metropolen aus, wo sie die meiste Zeit ihres Lebens mit Arbeiten als Tagelöhner fristeten, jedoch einen Teil des Einkommens ihren Familien nach Algerien zurückschickten.

Da im Ersten Weltkrieg 175 000 Algerier unter der französischen Flagge kämpften, wurde am 4. Februar 1919 ein Gesetz angenommen, welches die Steuergleichheit zwischen

Franzosen und Mohammedanern festsetzte und den ehemaligen Frontkämpfern wie auch Absolventen der französischen Universitäten und einigen anderen Kategorien ermöglichte, die französische Staatsbürgerschaft zu erwerben: jedoch machten nur wenige von dieser Option Gebrauch, da diese Recht die Monogamie zur Bedingung hatte.

(vgl. Bloch 1972: 337)

Eine kleine Änderung gab es jedoch durch das Gesetz die Vertretung der Algerier betreffend.

Ferner sah das Gesetz vor, dass in allen Munizipalitäten und anderen örtlichen Räten Vertreter der Araber und Berber gewählt wurden; jedoch stellten diese auch weiterhin die Minderheit gegenüber den europäischen Mitgliedern dar – mit Ausnahme der „Finanziellen Vertretungen“, wo jetzt je 24 Delegierte der Franzosen und Mohammedaner[9] saßen; aber auch hier repräsentierten die Letzteren eine weitaus größere Wählerschaft als die Europäer.

(vgl. Bloch 1972: 337)

Anzumerken ist an dieser Stelle, das die mohammedanischen Notabeln fast ausnahmslos Instrumente der Franzosen waren, die keineswegs die Anliegen und Interessen der eigenen Bevölkerung verfolgten, sondern an die wirtschaftlichen Interessen der Ersteren gebunden waren.(vgl. Bloch 1972: 337).

Jedoch hatte der größte Teil der Algerier weiterhin keine oder kaum politischen Rechte.

[9] Mit Mohammedanern sind Araber und Berber gemeint, Defintion laut Bloch, Charles

2.8. Politische Bewegungen in Algerien

„Unter diesen Umständen entstanden politische Bewegungen der Algerier, wobei man drei verschiedene Tendenzen unterscheiden kann. Die erste hatte eine strikt religiös-traditionelle Grundlage und arbeitete zunächst ohne eine Organisation und hatte vorübergehend Anfang der 20er Jahre einen Vorläufer im Emir Chaled, dem Enkel des algerischen Nationalhelden Abd-el-Kader im 19.Jahrhundert.“ (Bloch 1972: 338)

Emir Chaled war der erste Algerier, der die politische Unabhängigkeit Algeriens verlangte. Die zweite politische Kraft bildete der „Verband der Ulema Algeriens“, wobei der arabische Terminus „Ulema“ gleichzusetzten ist mit „religiösen Rechtsgelehrten“.

Die „Ulema“ waren von den Ideologen der „muslemischen Renaissance“ im Orient und von den panislamistischen Kongressen beeinflusst und bekriegten sowohl gewisse „Marabut Brüderschaften“, weil diese mit den französischen Behörden zusammenarbeiteten, als auch die jungen Intellektuellen, die für eine Assimilation an die westliche Kultur eintraten.

(vgl. Bloch 1972: 338)

Die ideologische Aussage dieser politisch-religiösen Kraft der Ulema Algeriens lautet: „Der Islam ist meine Religion, Arabisch meine Sprache und Algerien mein Vaterland.“.

Die Ulema trat für die Gründung eines algerischen Staates ein, begnügte sich aber zeitweilig mit der Gründung von Koranschulen und propagierte den Islam. Jedoch wurde aus dieser Verbindung nie eine treibende politische Kraft, zumal sie das Missfallen der Franzosen erregte, worauf sie verboten wurde und sich zu sehr auf die Vergangenheit Algeriens bezog.

„Ihr Augenmerk war allzu sehr auf die Vergangenheit gerichtet, und sie ignorierten die modernen politischen und sozialen Probleme in einem Lande, das durch hundertjährige französische Herrschaft in enge Berührung mit der westlichen Zivilisation gekommen war.“ (Bloch 1972: 338)

Die dritte treibende Kraft war der „Nordafrikanische Stern“, die 1926 von Ahmed Ben Messali Hadsch mit Hilfe der Kommunistischen Partei gegründet wurde.
„Diese Organisation betrieb zunächst revolutionäre Propaganda unter den algerischen Arbeitern in Frankreich, jedoch wurde Abd-el-Kader durch den jungen Messali Hadsch ersetzt, einen ehemaligen Soldaten ohne große Bildung oder intellektuellen Gaben, aber mit großem organisatorischem und rednerischem Talent.“ (Bloch 1972: 338)

(Auf dem Bild zu sehen: Messali Hadsch; Bildquelle: http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/8c/Messali_hadj_ahmed_001.JPG)

Die Organisation des „Nordafrikanischen Sterns“ wurde zeitweise (1929 – 1933) wegen ihrer revolutionären Propaganda verboten, da die Bewegung eine nationalistische und islamistische Tendenz einschlug und die Unabhängigkeit Algeriens forderte.

Die Organisation gab die Zeitung *„El-Umma*“ („Die Nation“, in französischer Sprache) heraus und hielt zahlreiche Kundgebungen ab, worin sie die Unabhängigkeit Algeriens verlangte und als ersten Schritt hierfür die Einberufung eines aus freien allgemeinem Wahlrecht hervorgehenden Parlaments, ferner die Stellung der Forderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet, vor allem die Brechung der Monopol- Herrschaft der Franzosen, die Aufteilung des Eigentums der mit ihnen verbündeten Großgrundbesitzer unter den Bauern, eine Sozialgesetzgebung und das Recht der gewerkschaftlichen Organisierung unter Betonung der Einheit und Brüderlichkeit des Islams forderte. (vgl. Bloch 1972: 339)

Nach Widersprüchen in seinem parteipolitischen Programm und der Abwendung gegen Frankreich in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts wie auch Annäherungsversuchen an die faschistische Partei durch Verbreitung anti-jüdischer Propaganda wurde das endgültige Verbot der Partei des „Nordafrikanische Sterns“ von der französischen Regierung beschlossen.

Daraufhin gründete Messali Hadsch die „Algerische Volkspartei“ *(Partie Populaire Algerien-PPA*), welche die anderen Parteien wie auch die Kommunisten als „Komplizen des Imperialismus“ und zahlreiche Punkte und Ansichten des „*Nordafrikanischen Sterns*“ übernahm. (vgl. Bloch 1972: 339)

Diese Partei suchte Zustimmung bei den Rechten Europas und wurde daraufhin bald, 1939 nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, verboten. Messali Hadsch wurde verhaftet, gleich daraufhin aber wieder freigelassen.

„Eine dritte sehr originelle Tendenz unter den Mohammedanern verwarf jeden Nationalismus und strebte die völlige Assimilation an Frankreich auf Grundlage der effektiven Gleichberechtigung an. Naturgemäß rekrutierte sie sich aus Intellektuellen, die eine französische Erziehung erhalten hatten.“ (Bloch 1972: 340)

In diesem Kreis wurden die Zeitung „*L´Entente*“ wie auch der „Verband der Moslemischen Delegierten“ gegründet. In dieser Zeitung wurde unter anderem publiziert, dass in der Geschichte Algeriens noch nie ein „Algerisches Vaterland“ existiert hatte und Algerien ein integraler Bestandteil Frankreichs, genau wie die Normandie oder Bretagne, werden sollen, mit dem Ziel eines uneingeschränkten französischen Bürgerrechts für alle Algerier, ohne an den französischen zivilen Status gebunden sein zu müssen. (vgl. Bloch 1972: 340)

Natürlich hatten die anderen algerischen Parteien sehr viel gegen diese Einstellung/Haltung, da genau diese Einstellung bekämpft werden sollte und die Unabhängigkeit als oberstes Ziel angesehen wurde und, [...]derartige Ideen natürlich auf den heftigsten Widerspruch seitens der „Ulema“ und des „Nordafrikanischen Sterns“ stießen. (vgl. Bloch 1972: 340)

Weitere Schritte wären die Entsendung eines algerischen Abgeordneten in das französische

Parlament, eine Stärkung der Vertretung der Mohammedaner in den örtlichen Räten und die Abschaffung der Diskriminierungen auf verschiedenen Gebieten, die die französischen Herrschaftsmethoden charakterisierten, gewesen – eine Kritik an dem kolonialen System also. (vgl. Bloch 1972: 340)

2.9. Die französischen Kolonialprobleme in der Zwischenkriegszeit

In der Zwischenkriegszeit, eigentlich kurz vor dem Zweiten Weltkrieg kam 1936 die „Volksfront“ an die Macht, und dies löste große Hoffnungen bei den assimilationsfreundlichen Algeriern aus, da die neue Regierung Léon Blum und mit ihm *Maurice Viollette* aufnahm, welcher als General-Gouverneur von Algerien (1925 – 1927) Verständnis für die einheimische Bevölkerung zeigte und sich hierfür den Hass der französischen Siedler zuzog.. (vgl. Bloch 1972: 340).

Bei den französischen Parteien, vor allem bei den äußeren linken und rechten Flügeln, wurde Algerien interessant.

Die Sozialisten predigten die Assimilation an Frankreich und traten daher für den *BlumViollette* Plan ein, während die Kommunisten eine heftige Propaganda gegen das herrschende koloniale System entfalteten und das Gewicht auf die soziale und wirtschaftliche Selbstständigkeit beziehungsweise Emanzipation der algerischen Massen legte.

(vgl. Bloch 1972: 340).

In der Komintern der Kommunisten wurde eigentlich die Unabhängigkeit Algeriens gepredigt, diese Haltung wurde aber später in der Zeit der Volksfront gemäßigt.

In dem anderen Extrem zeigte die „*Partie Social Francais*“, die Nachfolgerin der „Feuerkreuzler“ Interesse für die Algerier und ihr Führer, der Oberst La Rocque der das französische Bürgerrecht für alle mohammedanischen Teilnehmer am Ersten Weltkrieg sowie soziale Maßnahmen für die einheimische Bevölkerung verlangte. (vgl. Bloch 1972: 340/341)

Dieser konnte sich jedoch mit seinen Forderungen nicht durchsetzten, da . [...] die „Partie

Populaire Francais“ unter Doriot, der sich gegen die Blum-Viollette-Regierung aussprach, ein Echo bei einem nicht unbeträchtlichen Teil beider französischer Siedler und auch in bestimmten algerischen Kreisen fand, an die er sich gleichzeitig wandte, da beide mit seinen totalitären Ideologie des Judenhasses sympathisierten. (vgl. Bloch 1972: 341)

Es wurde an einem Gesetzesentwurf gearbeitet, in dem der algerischen Bevölkerung in mehreren Etappen das französische Bürgerrecht unter Beibehaltung des zivilen Status garantiert werden sollte.

„Dieser Plan stieß auf Zustimmung der Assimilatoren, aber auf Ablehnung seitens der ‚Ulema‘ sowie von Messali Hadsch und noch mehr von Seiten der französischen Siedler, die sich in ihren Privilegien bedroht fühlten.“ (Bloch1972: 340)

Jedoch fand durch eine extremistische Propaganda Messali Hadschs für die Unabhängigkeit Algeriens jetzt weiten Widerhall in der einheimischen Bevölkerung und nach dem Zweiten Weltkrieg trug der große Aufstand von 1954 seine Früchte. (vgl. Bloch1972:

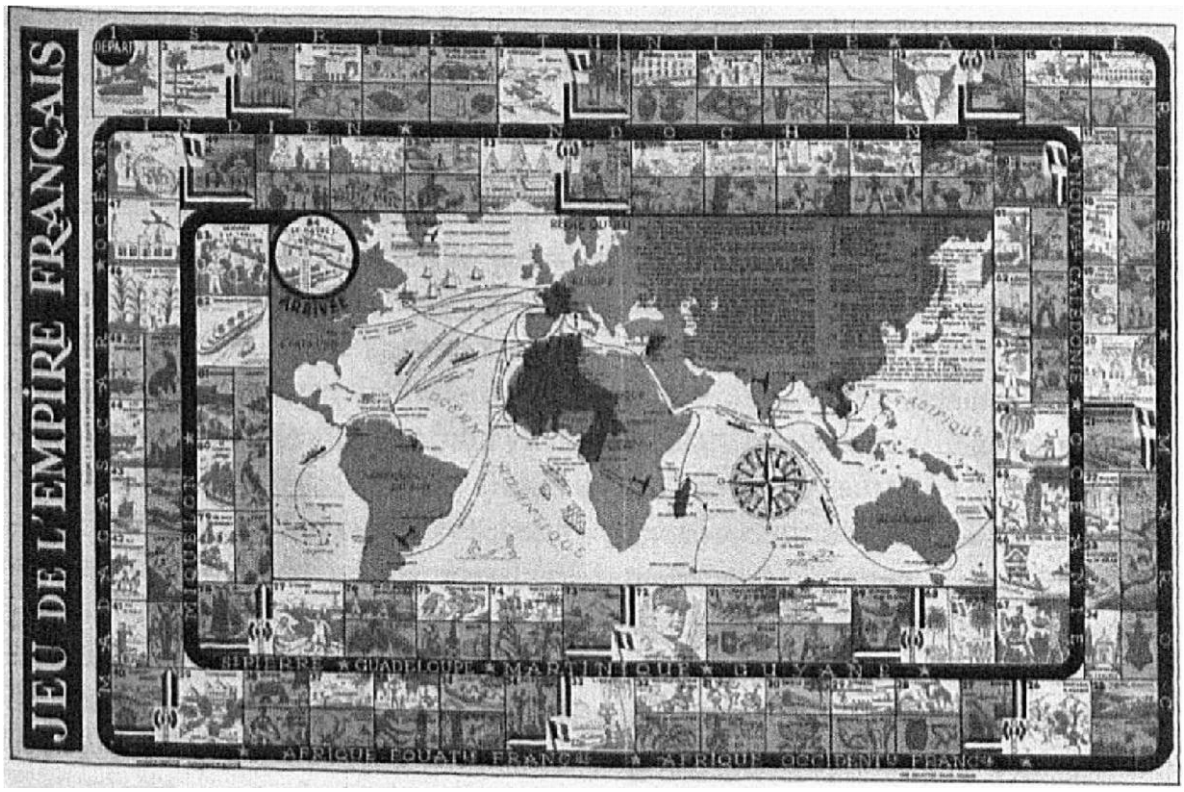
341).

2.10. Die Vichyregierung und der Kolonialismus

„Racism per se was of course nothing new in France or it´s empire – it had always underpinned the republican civilizing mission. But under Vichy, this racism became more outspoken and took a different form.“ (Conklin 2011: 228)

Während der Zeit des Vichy-Regierung, sprich in den 1950er Jahren veränderte beziehungsweise radikalisierte sich die grundlegende Ansichtsweise der Regierung gegenüber den in den Kolonien lebenden Bevölkerungen.

„Under the Third republic colonials subjects had been viewed as inferior, but capable in last of theory of eventually becoming equal citizens in republics of their own. Petain, on the other hand celebrated the natural and permanent superiority of the virile colonizing white French race- an attitude that had come to be shared by increasing numbers of overseas administrators,



merchants, and planters during political and economica crises of the 1930´s, and especially after France´s defeat in 1940.“ (Conklin 2011: 228/229)

(Bildquelle: Conklin2011: 229. Vichy Boardgame „Jeu de L´Empire“,1941. Research Library, The Getty Research Institute, Los Angeles)

Es kam durch diese neue Ansichtsweise und Selbstanschauung der Franzosen zu einer Radikalisierung nicht nur gegenüber den Algeriern, sondern hinsichtlich aller von den Franzosen unterdrückten Völker in den Kolonien.

„Vichy´s racism (like it´s anti-Semitism, to which it was related) had a direct impact upon policy-making, because forced labor, taxation, and economic expropriation- all colonial policies that had been practiced under the Third Republic- became even more brutal in the 1940´s, as a new cadre of governors general loyal to Pétain was appointed and the Empire was to made to deliver raw materials to Nazi Germany.“ (Conklin 2011: 229).

Angehörige der jüdischen Glaubensgemeinschaft mussten vor dem nazi-ähnlichen Terror aus den französischen Kolonien fliehen, da sie sonst aufgrund der Rassenbestimmungen befürchten mussten, getötet zu werden.

„In Algeria, the settlers for most parts welcomed the Vichy regime, which immediately cracked down on the Algerian nationalists movement. Petain sentenced the Prominent pro-independence leader Messali Hadj, to 16 years of hard labor; he also repelled the Cremieux degree, thus disenfranchsining Algeria´s Jews.“ (Conklin 2011: 230)

2.11. Nach dem Zweiten Weltkrieg

Der Sieg über Hitler erfolgte am 8. Mai 1945.
Für Algerien bedeutete dieser monumentale Sieg aber keineswegs die Freiheit oder die Unabhängigkeit, sondern den Beginn eines langen und zähen Widerstandes.

„Across the Mediterranian sea, in France´s most important oversea colony, Algeria , May 8th provided a trigger to a horrifing explosion of violence in the town of Sétif, because during the official parade of the triumph over Hitler, with thousands watching, certain indiginous participants raised nationalist flags as they shouted anti-colonialist slogans calling for the liberation of Algeria. (vgl. Conklin2011: 242)

Dabei kam es zu den ersten Ausschreitungen in Algerien gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

„When the police tried to tear down the banners, a riot broke out and quickly turned bloody as angry Algerians went on a rampage against local settlers. “(Conklin 2011: 242)

Dies hatte natürlich weitreichende Konsequenzen für die gesamte algerische Bevölkerung und deren Stammesführer:

„Over the next 5 days, some 80 to 100 European pieds noir (european settlers) and their families were massacred and another hundred wounded; therefore the French authorities responded with unprecended inferiority, Charles de Gaulle ordering a fierce crackdown on the

Algerian population, including raids on suspected ringleaders, many of whom were killed, and bombing and shelling of villages across Algeria.” (Conklin 2011: 242)

Durch diese Angriffe der Franzosen auf die Bevölkerung Algeriens kamen viele Einheimische ums Leben.

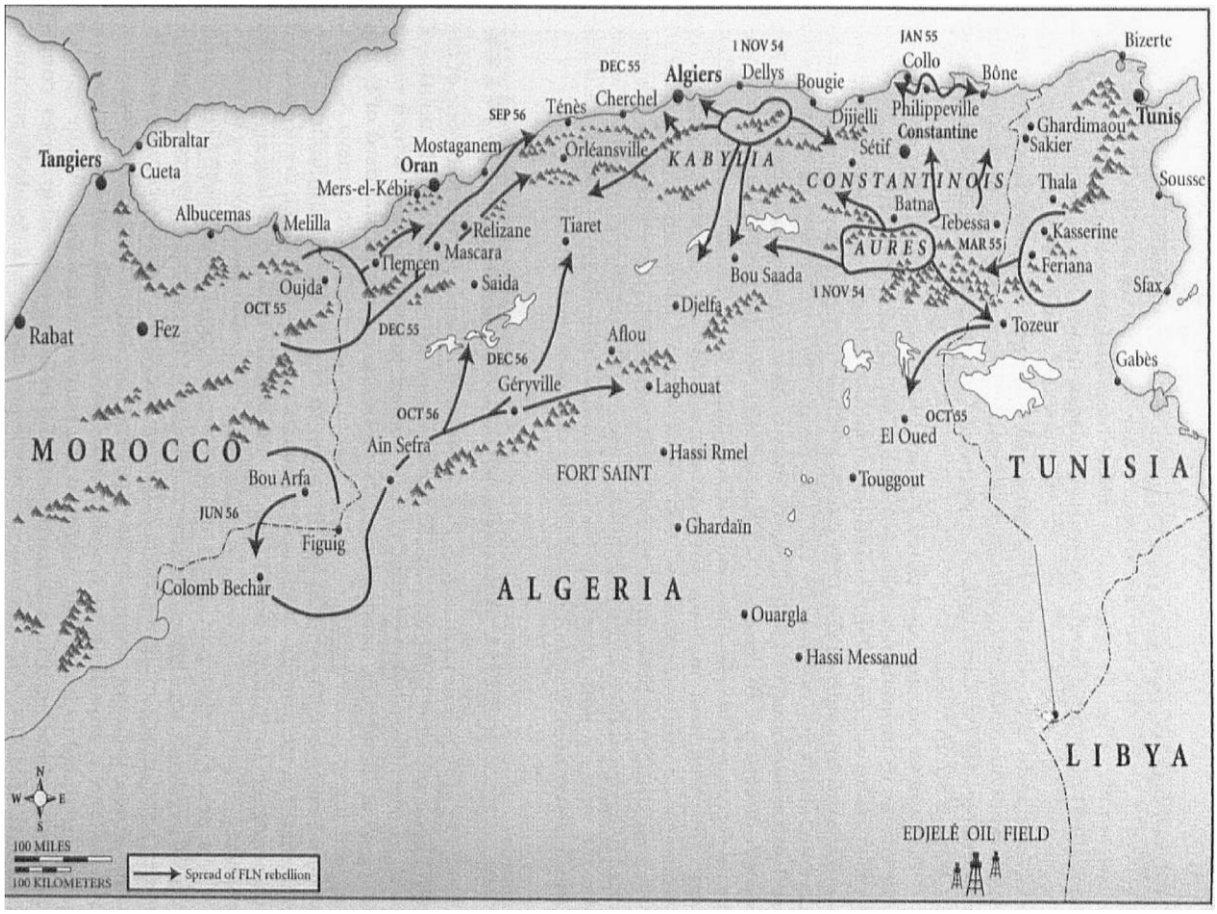
„According to the French military, some 10,000 to 15,000 Algerians died in reprisals, while the
Algerians estimated the total deaths at 45,000; many people were not able to consider, after France´s liberation from Germany that also Algeria was to be liberated under French oppression.” (Conklin2011: 242).

Dieser erste Aufstand gleich nach der Befreiung Frankreichs könnte als erstes Vorzeichen oder Warnzeichen gedeutet werden, denn:

„Across the Mediterenian, however, the dreadful events of May 1945 only redoubled the convition of many Muslim Algerians – especially the young- that their country would be freed from France only by force and these events can be taken as an early sign of the difficulties and contradictions between Algeria, it´s idea of beeing liberated and France´s oppression.” (Conklin2011: 243).

Zu diesem Zeitpunkt began die Vierte Republik 1946.

(Bildquelle: Conklin2011: 270 map of the first Phase of the FLN Rebellion against the French



in Algeria)

„The brith of the 4th Republic in 1946 was a messy affair, followed by a return of instability of the short-lived governments characteristics of the Third Republic´s later years. “ (Conklin 2011: 243)

Fakt ist, dass die Unabhängigkeit Algeriens nicht aufhaltbar war und dass sich nach dem Zweiten Weltkrieg die Lage für die einheimischen Algerier nicht geändert hatte.

„A global phenomenon after World War II was the end of the era of European imperialism in Africa and Asia, a process whose length, difficulty, and violence varied from place to place and the Europeans were not ready to face, because the oversea colonies, being convinced that

overseas territories were necessary for retaining Great Power status and rebuilding France´s economy, that no colonial people were yet capable of self-government, and that the creation of the French Union had answered all legitimate aspirations for change."

(Conklin 2011: 265)

1956 wurden von Frankreich unter der Vierten Republik Tunesien und Marokko die Unabhängigkeit verliehen.

„Pierre Mendes-France, proved to be one of the bright lights of the Fourth Republic, who worked hard to overcome old politics structures and habits of France and who believed, that France needed to look forward, which meant of letting go of the empire, modernizing economy as well as raising the standard of living and reduce social inequality (vgl. Conklin2011: 269)

Der nächste logische Schritt Frankreichs wäre gewesen auch Algerien die Unabhängigkeit auszusprechen, doch dazu kam es nicht, da Frankreich Algerien noch immer als integralen Teil, nicht aber als Kolonie, die nach einer langen Herrschaft seit den 1830er Jahren in die Unabhängigkeit hätte entlassen werden sollen, betrachtete.

Die Bedingungen für eingeborene Algerier, die französische Staatsbürgerschaft zu erlangen waren weiterhin unannehmbar, da sie die eigene Kultur, primär den Islam und dessen Gesetzgebung, ablegen mussten, um sich dadurch zu assimilieren.

„However because of it´s unique legal status and the presence of almost a million european settlers, Algeria presented considerably more complicated issues and all french governments after World War II. Continued to insist that Algeria was a part of France and willfully ignored the fact that dividing it into departements and offering citizenship under conditions unacceptable to the vast majority of the population had decidedly not made Algeria „French" in the eyes of most Muslims." (Conklin 2011: 271)

Eine neue Gruppierung, welche im Untergrund tätig war, wurde in Algerien von

Schlüsselgruppierungen geschaffen, welche später als die FLN (*Front de Libération Nationale* oder *National Liberation Front*) bekannt wurde, die mithilfe von Sprengsätzen und Anschlägen auf Franzosen und mit Frankreich sympathisierenden Algeriern vorgingen.

„On All-Saints Day, November 1st 1954, a core group of six young militants launched a series of 30 attacks across Algeria against French and any Algerians who sympathized with them ." (Conklin2011: 272)

Diese Ereignisse und der 1. November 1954 markieren den Beginn des algerischen Krieges:

„Shortly after that, a new Algerian leader, Ahmed Ben Bella emerged who managed to bring all the various nationalist groups, including Messali Hadj´s many supporters, under the umbrella of the FLN; yet the FLN continued to struggle internally over tactics because internally the debate raged within the ranks over whether to resort systematically to violence."

(Conklin2011: 272)

„The fraction favoring force won that struggle and gained control of the FLN, and then unleashed a bloody and brutal campaign aimed not only at settlers but also at uncommited Algerians; 1955 killing and mutilating women and children in the town of Phillipeville." (vgl. Conklin 2011: 272.)

Durch dieses Massaker war nun Frankreich dazu genötigt, wieder Ruhe in den vermeintlichen Teil Frankreichs – sprich Algerien – zu bringen und musste den Notstand aussprechen.

„France declared a state of emergency in April 1955 and took even more brutal reprisals against the local Arab population, labelling all FLN fighters „terrorists"; 1956 France comitting itsself to having conquered the FLN, having sent 400,000 French troops." (vgl. Conklin 2011: 272)

Da zu diesem Zeitpunkt Algerien ein integraler Teil Frankreichs war, konnte nicht der Kriegszustand ausgerufen, sondern nur versucht werden, den inneren Frieden Frankreichs zu wahren.

„But it (France) to call the undertaking a war, insisting Algeria was French and therefore that the government was legitimately „maintaining order in the French territory".

(Conklin 2011: 272)

2.12. Die Ideologie und "der revolutionäre Populismus" des FLN

Die allgemeingültige Definition des in den westlich-europäischen Staaten verwendeten Begriffes des (Rechts-)Populismus hat mit Algerien beziehungsweise mit der Ideologie des FLN wenig zu tun. Im Falle dieser algerischen Partei handelt es sich eher um den *Dritten-Welt-Populismus:*

„Das Charaktermerkmal dieses Populismus in einem Dritte-Welt-Land besteht darin, dass er einerseits als scharfe soziale Kritik an bestehenden Zuständen auftritt und radikale Veränderungswillen manifestiert; dass er andererseits aber das gesamte Volk als solches zum Subjekt der angestrebten Veränderung erklärt." (Schmid 2006: 128).

Dabei fließen soziale Kategorien – wie etwa: die Arbeiterklasse, die Unterschichten, die einheimische Bourgeoisie – auf diffuse Weise ineinander. „ *Le peuple,* das sind in diesem Falle alle, denen es unter der kolonialen Herrschaft oder ausländischen wirtschaftlichen Dominanz schlechtgeht." (Schmid 2006: 128)

Durch diesen Dritten-Welt-Populismus, der sich in der FLN manifestiert hat, kommt man bei genauerer Untersuchung zu dem Schluss, dass …diese Konzeption dazu führen kann, reale Interessensgegensätze innerhalb einer Gesellschaft zu leugnen, zu überdecken oder ihren Ausdruck für illegitim zu erklären und dadurch unter dem Ausdruck des *„monolithisme",* das Verständnis der Gesellschaft als quasi „aus einem Stein gehauen", zu betrachten.
(vgl. Schmid 2006: 128)

Vor allem in Algerien, in dem die algerische Bevölkerung über 100 Jahre lang unter der Fremdherrschaft Frankreichs zu leiden hatte, traf diese Form des Populismus auf extrem viele Anhänger, da erstens keine andere Kolonie Frankreichs so ausgebeutet wurde wie Algerien und zweitens fast die gesamte Population durch Unterjochung, Annexion von Ackergrund und Weideland, Diskriminierung oder psychische bzw. physische Gewalt zu leiden hatte.

Dies bildete den idealen Nährboden für die Ideologie des „revolutionären Populismus der Dritten Welt“ und ergab daher für die Partei der FLN eine geeignete Grundlage.

(Bildquelle: http: //de.wikipedia.org/wiki/Nationale_Befreiungsfront_%28Algerien%29)

2.13. Die Rolle des Islams in der Befreiung Algeriens

Für einen Großteil der Algerier und vor allem für jene, die noch im „archaischen Sektor“ eingeschlossen blieben, bildet die gemeinsame Religion das hauptsächliche *identifikatorische Bindeglied*, welches natürlich die Bevölkerungsschicht im kolonialen Algerien darstellte, die als *Musulmans* bezeichnet und daher als rechtlos und ausgeschlossen behandelt wurden; diese Gegebenheit schafft eine leichte Identdifikationsmöglichkeit der Muslime untereinander. (vgl. Schmid 2006: 129)

Der Islam, die Religion der algerischen Berber und der restlichen Einwohner bildeten im Falle des Unabhängigkeitskampf das wesentliche gemeinsame Bindeglied in der algerischen Bevölkerung und sie wurden auf zum Beispiel Plakaten als gemeinsame Stütze gegen die Unterjochung durch die französische Fremdherrschaft verwendet.

2.14. Frantz Fanon und die „Verdammten dieser Erde

Frantz Fanon wurde 1924 in Martinique geboren und studierte in Frankreich Medizin und Philosophie, wobei er 1953 als Arzt nach Algerien ging und drei Jahre später demissionierte, um für die Nationale Befreiungsfront zu arbeiten. Er starb 1961 in New York an dem Tag, an dem sein Hauptwerk „Die Verdammten dieser Erde“ in Paris veröffentlicht wurde.

(vgl. Fanon 1966: 2)
Frantz Fanon versucht in diesem Werk die Lage und Psyche, den inneren Seelenzustand der kolonisierten Sklaven unter dem Joch der Folterungen und Zwangsarbeit zu beschreiben.

Als Psychiater setzte er sich mit dem inneren Kern der Unterdrückten auseinander, die für mehr als 100 Jahre, sprich mehrere Generationen lang, unter dem direkten Einfluss der Kolonialherren leiden mussten.

Gefühle wie Wut, Verzweiflung, Hass oder Abscheu dem „weißen Kolonialherren“ und dem System der Ausbeutung gegenüber werden in seinem Manifest beschrieben, um dem Leser die Lage der Unterdrückten näherzubringen. Für Fanon ist es unter anderem essentiell für die Kolonisierten, sich nicht zu assimilieren, wie es eben manche Strömungen preisen, sondern die Unabhängigkeit und das Ende der Unterjochung und Unterdrückung mittels Unabhängigkeit einzufordern, und dies besser heute als morgen.

Er kritisiert vor allem die kolonisierte Schicht, die durch den Einfluss der Kolonialherren oder des fremden Herrschaftssystems eben zu Bildung gekommen ist und sich vollends in das System und unter die Herrscher eingefügt hat.

Als Beispiel soll hier folgendes Zitat aus dem Buch die „Verdammten dieser Erde“ gelten:
„Der kolonisierte Intellektuelle hatte von seinen Lehrern gelernt, dass das Individuum sich behaupten müsse. Die kolonialistische Bourgeoisie hatte dem Kolonisierten die Idee einer Gesellschaft von Individuen eingehämmert, wo jeder sich in seiner Subjektivität einschließt, wo der Reichtum ein Reichtum des Geistes ist.

Der Kolonisierte, der das Glück hat, sich während des Befreiungskampfes unter das Volk zu mischen, wird die Falschheit dieser Theorie entdecken …

Der kolonisierte Intellektuelle erlebt in einer Art Autodafé die Zerstörung all seiner Idole: er büßt Egoismus, die anklagende Arroganz und den kindischen Eigensinn dessen ein, die immer das letzte Wort haben will [sic!].“ (Fanon,1966: 39/40)

„Fanon wies auf die tiefgehenden psychischen Schäden hin, die der Imperialismus bei den ehemals kolonialen Völkern und insbesondere bei deren Führungsschichten hinterlassen habe und die einer endgültigen Emanzipation von der Vorherrschaft der weißen Völker im Wege stünden. Am Beispiel der französischen Kolonialherrschaft zeigte er, welche großen

Schwierigkeiten diese Völker hatten, nach dem Ende formeller Kolonialherrschaft wieder eine eigenen nationale Identität zu finden.“ (Mommsen1987: 105)

(Bildquelle: http://en.wikipedia.org/wiki/File: Frantz_Fanon.jpg)

3. DIE USA und der KOLONIALISMUS:

3.1. Leitmotive-Grundidee – Expansionsideologie der USA

„Der amerikanische Imperialismus ist nicht aus dem Nichts entstanden, sondern war Ergebnis einer vorangegangen Geschichte der Vereinigten Staaten und der Welt, die nach einem siegreichen Unabhängigkeitskrieg des USA-Kapitalismus territorial auf Kosten der Indianer, Mexikaner und verschiedenen europäischen [sic!] Kolonialmächte von einem kleinen Gebietsstreifen an der Ostküste den eigenen Machtbereich auf den gesamten Nordamerikanischen [sic!] Kontinent ausbreitete.“ (vgl. Perlo 1953: 7)

Diese Expansion auf den gesamten Kontinent zog sich vom Beginn der ersten Besiedelung an fort und ist durch einen biblischen Glauben gefestigt, die Welt durch die Idee des Amerikanismus verbessern zu wollen.

„Die Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika ist seit ihren Anfängen eine Geschichte selten ununterbrochener Expansion gewesen – einer Expansion im Inneren und nach außen, in unterschiedlichen Formen und mit wechselnder Stoßrichtung. Blickt man auf diese räumliche Ausbreitung und ökonomische Entfaltung, so wirkt [sic!] die historische Kontinuität des amerikanischen ‚Empire-Building‘ bestehend.“(Wehler 1987: 7)

Untersucht man die Leitmotive und Grundideen der USA, so kommt man nicht umhin, sich auch etwas mit der Geschichte und Verfassung der ersten Siedlungen und deren Vorstellungen zu beschäftigen.

Geläufige und aus der Bibel entnommene Begriffe wie „New Heaven“ oder „das neue Israel“ sind bekannte Begriffe, die diese Vorstellungen von den Vereinigten Staaten prägen.

„Mit den ersten Siedlern kam der puritanische Auserwähltheitsglaube, der ursprünglich in religiöser Dogmatik, später in säkularisierter Form die entstehenden Gemeindewesen an der Küste Amerikas als das neue ‚amerikanische Israel‘, das ‚Neue Zion‘ verstand.“ (Wehler 1987: 10)

Nordamerika oder der „neue Garten Eden“ sollte dem „auserwählten Volk“ dabei als Heimat und als Zufluchtsstätte/Refugium vor der alten Welt und ihren Herrschaftsformen dienen.

Als „Renovator of the World“ verstand der einflussreiche Jonathan Edwards die amerikanischen Kolonien, und in das frühnationale Selbstverständnis floss seit dem Beginn des

Unabhängigkeitskrieges dieser passive Missionsauftrag, dass „Gott Amerika zur Verwirklichung seines besten Planes bestimmt hat“, von vielen Seiten her ein.
(vgl. Wehler 1987: 11).

Dabei soll die neu gegründete USA als ein Leuchtturm für die erniedrigte und unterdrückte Menschheit“ dienen und den Weg weisen, wie auch „die restliche Welt aufklären und zivilisieren“ zu müssen. (vgl. Wehler 1987: 11)

Zusätzlich zu diesem Überlegenheitsgefühl, welches sich in der Verfassung der USA widerspiegelt, und dem Gedanken, geographisch von der alten verdorbenen Welt abgegrenzt zu sein, sollen als ein Musterbeispiel für die restliche Welt dastehen.

Noch weiter gestärkt wurde diese Auffassung durch den Einfluss des Naturrechts und der damals fortschrittlichen Idee der Aufklärung. Expansion über den gesamten Kontinent und Durchsetzung dieser Auffassungen durchzusetzen war vorrangiges Ziel.

The Principle of Our Constitutions Is Expansion“ – in dieser prägenden Formulierung des damaligen Außenministers Everett – schlug sich in den realhistorischen Erfahrungen der ständigen Ausbreitung Amerikas nieder. Seit der Unabhängigkeit wurden wirtschaftlicher Wohlstand und gesellschaftliche Ruhelage, damit aber auch das reibungsschwache Funktionieren republikanischer Institutionen von anhaltender kontinentaler und kommerzieller Ausdehnung abhängig gesehen und gemacht. (vgl. Wehler1987: 12)

Die 1832 verfasste Monroe-Doktrin bildete ein zentrales Leitbild der amerikanischen Denkweise.

Einen Ausdruck dieser Bemühungen, die amerikanische Expansion in den nördlichen

Kontinent oder gar die westliche Hemisphäre zumindest auf lange Zeit zu sichern, bildet die Monroe-Doktrin von 1823. Ihr Hegemonialanspruch ist dabei „immer imperialer Natur“ gewesen, indem sich der geopolitische Determinismus und antieuropäische Isolationismus mit dem Leitbild eines „American Systems“ verbanden, wobei den Vereinigten Staaten die Präponderanz zufiel. (vgl. Wehler 1987: 13)

Mit der fortschreitenden Expansion der USA auf dem eigenen Kontinent flossen Ideen zusammen, die die USA als Musterland republikanisch-demokratischer Freiheit und als Verkörperung des Fortschrittsdenkens, dem Missionsauftrag puritanischer Herkunft folgend eines kontinentalen Imperiums gewiss sein sollen und es konnten sich in diesem ebenso amorphen wie wirksamen Sendungsbewusstsein Leitvorstellungen des amerikanischen Nationalismus vereinigen. Als ideologische Komponente auch des Imperialismus seit den 1880er Jahren wirkte der Glaube an die ‚offenbare Bestimmung‘ der Vereinten Staaten von Amerika weiter fort. (vgl. Wehler 1987: 13).

Im Endeffekt soll die Welt, so die Meinung des Autors Wehler, durch „Gottes großen Plan“ den Amerikanismus prägen und „erlösen“.

PUERTO RICO

3.2.Geschichte

Der Inselstaat Puerto Rico liegt in der Karibik und hat heute den Status oder die Staatsform eines nichtinkorporierten US-amerikanischen Außenseegebiets.

Seit seiner Entdeckung durch Christoph Kolumbus im Jahre 1493 ist und war Puerto Rico eine Kolonie, und zwar kann die Insel, welche sich im karibischem Raum befindet, als eine der ältesten weltweit bezeichnet werden.

Die Insel erreichte weder unter der Herrschaft der spanischen Krone noch als nichtinkorporiertes US-Außenseegebiet wirtschaftlich wie auch politisch die Unabhängigkeit. Unter der spanischen Krone kamen verschiedene Gruppen nach Puerto Rico, die sich dann im Laufe der Zeit für immer in Puerto Rico niederließen. Die heutige Bevölkerung Puerto Ricos entstand primär aus zugewanderten Sklaven aus Afrika, Europäern, einheimischen Indianer-Stämmen wie auch aus süd- und mittelamerikanischen Royalisten.

Es handelt sich eigentlich um ein normales Procedere, dass es irgendwann im Laufe einer Fremdherrschaft zu einer Revolution, zu Ausschreitungen und demzufolge zur Unabhängigkeit seitens der einheimischen Bevölkerung kommt; Puerto Rico unter der Herrschaft Spaniens jedoch versuchte der Krone "zu gefallen":

„Die politisch interessierte Bevölkerung Puerto Ricos suchte nicht wie die anderen Lateinamerikanischen [sic!] Länder die nationale Souveränität gegenüber Spanien, sondern bemühte sich vornehmlich um Möglichkeiten freier Betätigung unter der spanischen Krone." (Nikitopolos1970: 309)

Durch diese Auffassung der Puerto Ricaner und deren Bemühungen erlangte die Insel 1812 den Status einer Provinz des Vereinigten Königreiches Spanien und war bis 1836 den Provinzen der Iberischen Halbinsel gleichgestellt. (vgl.Nikitopoulos 1970: 309)

Dies zog verfassungsmäßig und in der Rechtsprechung Änderungen mit sich, die aber durch die inneren Unruhen des Spanischen Empires immer wieder abgeändert wurden.

„In der Zeit um die 1870 [sic!] bis zum Ende der Herrschaft der Spanier in Puerto Rico entstanden politische Bewegungen, unter anderem die, aus der später die *Liberal Reformist Party* entstehen soll. Diese Partei und die *Spanish Liberal Party* waren in der Opposition und sollten dann aber gegen Ende der spanischen Herrschaft regieren und die Autonomie stärken, bevor der Spanisch-Amerikanische Krieg ausbrechen wird. Kurz vor Ausbruch wurde nämlich Puerto Rico die Autonomie gewährt.

„1898 – mittlerweile war die *Spanish Liberal Party* in der Regierung – konnte endlich durch die
Zusammenarbeit dieser beiden Parteien in der portorikanischen Autonomie Commission eine Deklaration, die sogenannte *Carta Autonomica* [sic!] fertiggestellt werden.

Diese ‚self-government constitution' sah vor, dass einige Gesetze Spaniens weiterhin Anwendung auf Puerto Rico fänden, im übrigen aber Puerto Rico die volle legislative Gewalt ausüben würde, z. B. für den monetären Bereich, Post, Bankwesen, Tarifwesen, und allgemeine Steuergesetzgebung." (Nikitopoulos1970: 310)

3.3. STATUS PUERTO RICOS – aus amerikanischer Sicht

Der Status Puerto Ricos ist, ausgehend von der US-amerikanischen Verfassung, der eines „*Non-Incorporated Territory*" der Vereinigten Staaten, der seit der Übernahme von Spanien im Jahre 1898 nicht verändert wurde; diese Bezeichnung des „*Non incorporated Territory*" bedeutet, dass Puerto Rico anders als die „*Corporated Territories*" nicht als Teil der Union gilt und deshalb die Bundesstaatswerdung nicht in Aussicht gestellt wird.

(vgl. Pichler2003: 86)
Die ausschlaggebenden Gründe, die dazu führten, dass die Insel diesen bestimmten Status bekam, werden hier noch später detaillierter angeführt, sind aber der heutigen Zeit nicht mehr entsprechend.

Puerto Rico gilt als Eigentum der USA und die Bezeichnung oder der Status implementiert des Weiteren, dass der *US-Congress* die alleinige legislative Macht innehat, mit dem Supreme Court als kontrollierendes Organ.

Dadurch blieb den Puerto-Ricanern, obwohl seit 1917 als US-Staatsbürger geltend, das Recht verwehrt, an den Wahlen des US-Präsidenten oder des amerikanischen Kongresses teilzunehmen.

Da es eher unwahrscheinlich zu sein scheint, dass die USA der Insel das Recht auf legislative Selbstbestimmung bzw. eine Änderung des Status in eine Autonomie gewähren wird, ist der letzte Ausweg Puerto Ricos jener, die eigenen Anliegen auf internationaler Ebene, sprich vor der UNO, vorzutragen.

Durch die Dominanz der USA in den Vereinten Nationen jedoch besteht eher wenig Grund zur Hoffnung für Puerto Rico.

„Die Entwicklungen in der UNO im allgemeinen [sic!] und besonders jene im [sic!] Bezug auf Puerto
Rico sind in diesem Licht zu sehen, in der Dominanz der Vereinigten Staaten und der Durchsetzung der Ziele und Vorstellungen der USA intern sowie auf internationaler Ebene.“ (Pichler 2003: 87)

Durch ebendiesen Zustand bzw. durch die nach dem Ende des Kalten Krieges erlangte Dominanz auf internationaler Ebene der USA innerhalb in der UNO befindet sich Puerto Rico in einer eher aussichtslosen Situation.

3.4. Einige Aspekte Puerto Ricos

„Die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung Puerto Ricos unterscheidet sich in ihrem geschichtlichen Ablauf nicht grundsätzlich von der Entwicklung anderer

Kolonialgebiete in der Welt. Der neue Akzent setzt sich erst mit der Umwandlung des Status in ein Commonwealth mit der Kolonialmacht, das heißt mit dem Übergang der Insel zu einem Status teilweiser Autonomie, Integration und Unterordnung, legitimiert und legalisiert durch plebiszitäre Entscheidungen oder Stellungnahmen der Bevölkerung."

(Nikitopoulos 1970: 304)

Zur Lage der Insel kann gesagt werden, dass diese von grundlegender strategischer Bedeutung ist, da zwischen Nord- und Südamerika gelegen. Idealerweise kann die Insel als strategischer Militärstützpunkt genutzt werden.

„Die Lage der Insel ist von erheblicher strategischer Bedeutung, sie nimmt eine wichtige Stellung im Karibischen Raum ein und bildet eine Verbindung zum südamerikanischen SubKontinent [sic!]. Sie kann eine Überwachungsfunktion über die Zugänge zum Panama-Kanal übernehmen." (Nikitopoulos 1970: 306)

Geographisch im karibischen Raum gelegen, befindet sich die Insel Puerto Rico am südlichsten Ende und gehört topographisch zu den Großen Antillen, ist jedoch die kleinste dieser

Inselgruppe. Gelegen ist Puerto Rico „[...] ca. 3000 km von New York, ca. 1.900 km von Miami und 900 km von Venezuela entfernt" (Nikitopoulos 1970: 306).

Für die Interessen der Vereinigten Staaten ist die Insel, vorher durch die Spanische Krone regiert und aufgrund der dortigen Bevölkerung zum lateinamerikanischen Kulturkreis gehörend, nicht uninteressant.

„Für die USA erlangt die Insel dadurch große Bedeutung für die Verteidigung ihrer Interessen auf dem amerikanischen Kontinent, nicht zuletzt auch durch die Zugehörigkeit der Insel zur Latein-amerikanischen [sic!] Welt." (Nikitopoulos 1970: 306).

In jedem Fall dient die Insel den US-Amerikanern als militärischer Posten, jedoch nicht ausschließlich,

Durch den Verlust Kubas und des dortigen aufgekommenen Sozialismus verlagerte sich die nordamerikanische Präsenz in diesem Raum mehr auf Puerto Rico. Aus der Sicht der US-Amerikaner soll die Beziehung (zwischen Puerto Rico und den USA), wenn man davon ausgeht, dass diese Art der Herrschaft eine derartige Beziehung hervorruft, als Parade- beziehungsweise Vorzeigebeispiel der guten Zusammenarbeit, Prosperität und der Demokratieförderung für den lateinamerikanischen Raum bzw. für Lateinamerika dienen. Dadurch soll dem hispanischen Amerika gezeigt werden, dass die mögliche Zusammenarbeit mit den USA für die eigene Wirtschaft nur von Vorteil sein kann.

Bildquelle: Wikipedia:
http: //upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/af/CaribbeanIslandS. png, Zugriff: 20.06.2013)

4. Geographie

Puerto Rico is the most easterly and smallest island of the Greater Antilles, in the Caribbean Sea and has al land area of 8,959 km² including the small nearby island of Vieques, Culebra and Mona as at July 2010, the population, estimated to be 3,978,702,1 was primarily Spanish speaking, although a certain number of Puerto Ricans also speak English and according to

United States of America census estimates, Puerto Rico's estimated rate of population growth in 2009 was just under 0.3 per cent. (vgl. UNO-Papier[10] zu Puerto Rico, 2012: 2)

[10] http: //daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/N12/268/37/PDF/N1226837.pdf?OpenElement, Zugriff am 25.05.2013

3.5. Der Spanisch-Amerikanische Krieg

Das Jahr 1989 war das Jahr, in dem der Spanisch-Amerikanische Krieg stattfand und in dem Puerto Rico an die Vereinigten Staaten übergeben wurde. Dies stellte ein einschneidendes Erlebnis für die Insel dar: Die Folge war nun, dass alle Bemühungen im Sinne des Erlangens der geplanten eigenständigen Autonomie zunichtegemacht wurden, da sich Puerto Rico durch die neue

Fremdherrschaft der USA an neue Gegebenheiten und an die neue Besatzungsmacht anpassen musste, die in Wirklichkeit Anderes mit Puerto Rico vorhatten als die Spanische Krone zuvor. Demzufolge soll ein Ausschnitt aus dem Buch "The disenchanted island" von Fernandez dienen:

„Under Spain, Puerto Rico was a province, with representation in both houses of the Spanish legislature. Under the United States, Puerto Rico was a national nobody, an „unincorporated territory“ to which the constitution did not apply.“[10] (Fernandez 1992: 2)

Natürlich haben die Vereinigten Staaten versucht dieses Vorgehen zu begründen. Um die Ereignisse oder das Schicksal Puerto Ricos in den Worten mancher US-Abgeordneter zu beschreiben, wurden Begriff wie „Schicksal“ oder „Pflicht“ verwendet.

„Explaining U.S: Behaviour in Puerto Rico, legislators often use terms like ‘destiny’, ‘duty’, ‘inevitability’ and ‘grace’. The United States would resurrect Puerto Rico, like Lazurus, creating, in Senator Foraker´s words , „a new era...a new life...and prosperity far exeeding any hopes that have been excited or any anticipations that have been entertained.“[11]

(Fernandez 1992: 2).

[10] Defintion entommen aus dem Congressional Records, 56. Congress, 1st Session, 8. März 1900 S. 2642 dieser Begriff soll prägend sein.

[11] Ebenda ,30.April 1900,S. 4857

3.6. Annexion durch die USA und politischer Status

„Am 18. Oktober 1898 erfolgte in einer feierlichen Zeremonie – unter Einziehen der Spanischen [sic!] Flagge und Hissen der US-amerikanischen Fahne – die offizielle Übergabe Puerto
Ricos an die Vereinigten Staaten von Amerika, die zunächst über eine Militärregierung die Sicherung und Reorganisation des portorikanischen Gemeinwesens in Angriff nahm." (Gewecke 1998: 27)

Hier muss man allerdings angemerkt werden, dass die Vereinigten Staaten, da diese nie außerhalb der eigenen Grenzen Territorien besessen haben, ungeübt mit der Handhabe mittels Fremdherrschaft und Besetzung waren.

Anfang des 20. Jahrhunderts galten die Vereinigten Staaten von Amerika vor allem aufgrund ihrer modernen politischen Sichtweise und ihres Demokratieverständnisses als sehr fortschrittlich. So hofften nun die Puerto Ricaner nach der Annexion auf eine statehood-Lösung, sprich unter der Herrschaft der USA den Status eines Bundesstaates verliehen zu bekommen. Doch hatten die USA anderes mit der Insel im Sinn. Ausschlaggebende Gründe, den Status Puerto Rico nach der Militärregierung in ein "*unincorporated territory*" zu verändern, sprich den Status eines *US-Außenseegebietes* zu verleihen, waren folgende:

„Zum einen hielt man die Puerto Ricaner aufgrund der hohen Analphabetenrate der Bevölkerung und der noch geringeren demokratischen Erfahrung ihrer politischen Führung – der man in diesem Zusammenhang sogar den Mangel an revolutionärem Geist und Freiheitsliebe zur Last legte – für politische unmündig und daher (noch) nicht geeignet, die beschränkte Selbstverwaltung, die ein solcher Status gewährte, in vernünftige Politik umzusetzen." (Gewecke 1998: 33)

Weitere Gründe waren...dass sie eine fremde Sprache besaßen und eine fremde Kulturtradition, welche nicht, wie etwa in den von Mexico eroberten Gebieten geschehen, durch massive Einwanderung von Angloamerikanern zurückgedrängt und neutralisiert werden konnte, wie auch das Argument der (vorgeblich) rassistischen Minderwertigkeit aufgrund ihrer barbarischen Sitten, die eine Gefahr für das gesunde Volksempfinden der US-Amerikaner bewirken könnten. (vgl. Gewecke 1998: 33)

Man muss hier anmerken, das sich heutzutage, wo die Insel noch immer denselben Status trägt, die damaligen Argumente nicht mehr als geeignet erweisen, beziehungsweise nicht mehr konform sind. Trotzdem blieb oder bleibt der Status noch bis in die heutige Zeit erhalten. Dementsprechend war die Enttäuschung der Puerto Ricaner groß und Proteststimmen wurden deutlich.

Ungefähr ein Jahr nach der Eroberung, im Jahr 1900, wurde der Foraker Act beschlossen:

Durch den Organic Act von 12.04.1900 , der auch Foraker Act genannt wird, erhielten die Puertoricaner nicht die gleichen Rechte wie amerikanische Staatsbürger, der Gouverneur wurde auf Vorschlag und mit Billigung des US-Senats vom Präsidenten der USA gewählt und besaß ein absolutes Veto gegen jede Entscheidung des portorikanischen Parlaments.
(vgl. Nikitopoulos 1980: 314)

Das Parlament bestand aus Folgendem:
Das portorikanische Parlament bestand aus einem Exekutivrat, dessen 35 Mitglieder im Abstand von zwei Jahren vom US-Präsidenten ernannt wurden, und aus einer Delegationskammer.
Das Parlament konnte Gesetze im lokalen Bereich erlassen, sofern diesem kein Veto des Gouverneurs, US-Gesetze oder US-Kongressmaßnahmen entgegenstanden.
(vgl. Nikitopoulos1980: 314)

Der einzige, vom Volk direkt gewählte Akteur war der *Resident-Commissioner*, der Puerto Rico im Washingtoner Kongress vertrat, der allerdings nur eine Beobachterfunktion ohne relevantes Stimmrecht hatte.

„Die Gerichtsbarkeit verblieb genauso wie in der Militärzeit bei der [sic!] USA, wobei die Richter vom US-Präsidenten gewählt wurden." (Nikitpoulos 1980: 314)

Durch den *Foraker Act* wurde die Insel wirtschaftlich an die Vereinigten Staaten verbunden, indem man […] die Insel an das US-Finanz- und Tarifsystem mit dem Vorteil einbezog, dass

Zolleinnahmen und Verbrauchersteuer für das eigene Budget verwendet werden konnten (vgl. Nikitopulos 1980: 314).

Diese wirtschaftliche Einbindung und Selbstbestimmung wurde von Puerto Rico begrüßt, nicht jedoch die weitere Unmündigkeit und die politische Unmündigkeit.

Durch den *Foraker Act* empfanden sich viele Puerto Ricaner als in ihren politischen Rechten beschnitten, da man nicht verstehen konnte, wieso die damals mehrheitlich republikanische US-Regierung Puerto Rico nicht die Selbstverwaltung/Selbstregierung gewährte. Verglichen mit der geplanten Autonomie unter der spanischen Krone mussten die Puerto Ricaner nun weiter ohne Unabhängigkeit/politische Selbstbestimmung ausharren.

1917 schließlich wurden vom amerikanischen Kongress in der Angelegenheit Puerto Ricos Revisionen des Foraker Act vorgenommen, der folgende Änderungen beinhaltete:

Der Organic Act von 1917, auch als *Jones Act* bekannt, brachte bedeutsame Änderungen: Die amerikanische Staatsbürgerschaft für alle Puerto Ricaner, die nunmehr den eignen Senat und das Repräsentantenhaus selbst wählen konnten, wobei der Exekutivrat nach der Verabschiedung des Gesetzes nur noch eine Beraterfunktion für den dortigen Gouverneur innehatte (vgl. Nikitopoulos 1980: 314/315).

Die Rolle des Gouverneurs jedoch blieb unverändert, der weiterhin vom Präsidenten der USA ernannt wurde und weiterhin von seinem Vetorecht Gebrauch machen.

konnte (vgl. Nikitopoulos 1980: 315), […] während manche Senatoren wie Usus vom US-Präsidenten gewählt und manche, und dies ist auch eine Neuigkeit, direkt vom Volk gewählt werden konnten.

Durch diese Änderungen wurden der Insel Puerto Rico jedoch weiterhin betreffend die eigene Gesetzgebung, sprich eine Autonomie, keinerlei Zugeständnisse gemacht. Gründe hierfür waren, dass die die von der Legislative beschlossenen Gesetze wiederholt durch das Veto des Gouverneurs verhindert wurden und weil bereits die Möglichkeit des Vetos die politische Willensbildung beeinträchtigte und undemokratischen Kräften und partikularen Interessen zum Durchbruch verhalf.

(vgl. Nikitopoulos 1980: 316 zit. nach Friedrich 1959: 466)[12].

[12] Friedrich C.J: (1959): Puerto Rico als assoziierter Staat der USA in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart

An diesem Zustand sollte sich politisch für Puerto Rico in den nächsten dreißig Jahren bis zur Legislaturperiode von Roosevelt nichts ändern, der schließlich aufgrund des Vorschlags des damaligen dortigen Gouverneurs den von 1917 beschlossenen *Jones Act* zwar nicht revidierte, jedoch weitere Änderungen beschloss

Der „*Elective Governor Act*“ wurde 1947 beschlossen, den es den Puerto-Ricanern ermöglichte, ihren eigenen Gouverneur zu wählen.

Außerdem wurde im gleichen Jahr „Operation Bootstrap“ gestartet, damit sich US-Unternehmen auf der Insel ansiedeln und Gewinne, die in Puerto Rico erwirtschaftet wurden, von den Bundessteuern befreit werden konnten.

3.7. Das "Estado Libre Asociado"

Der Wegbereiter für die spätere Etablierung des „*Estado Libre Asociado de Puerto Rico*“ war das am 3. Juli1950 vom US-Kongress verabschiedete „*Public Law 600*“, da folgender Sonderfall eingetreten war: In der US-Verfassung war es nicht vorgesehen, dass sich US-Staatsbürger, die nicht Einwohner innerhalb der USA waren, selber eine eigene Verfassung geben; die Verfassung hätte also geändert werden müssen, was aber im Festland als Unmöglichkeit betrachtet wurde.(vgl. Pichler 2003: 75)

Es gab ausschlaggebende Gründe, Puerto Rico eine eigene Verfassung zu geben, denn „[...] erstens wollte man Puerto Rico von der Liste der Non-Self Governing Territories“ der Vereinten Nationen entfernen, und zweitens wurde durch diese Verfassung die Möglichkeit der Eingliederung als Bundesstaat in weite Ferne gerückt“ (Pichler 2003: 76).

Am 25. Juli 1952, dem 54. Jahrestag der US-amerikanischen Invasion, wurde der neu ausgehandelte Status des *Estado Libre Asociado (ELA)* oder *Commonwealth of Puerto* Rico in einer feierlichen Zeremonie ins Leben gerufen und die eindringlich beschworene neue Qualität der Verbindung zwischen Puerto Rico und den Vereinigten demonstriert.

(vgl.Gewecke 1998: 75).

Der Einsetzung des ELA-Status war ein langwieriges Verfahren vorausgegangen, bei dem am 4. Juni 1951 dieses Gesetz in einem Referendum zur Abstimmung – unter der Enthaltung der

indipendentistas , die zu diesem Zeitpunkt Puerto Ricos zweitstärkte politische Kraft waren – 76,5 % der Puerto Ricaner ihre Stimme abgaben und sich für eine neue Verfassung aussprachen, die somit den *Jones Act* von 1917 ablösen sollte[13]. (vgl. Gewecke 1998: 76)

Außerdem sollte durch diesen neu aufgesetzten Akt einfach der restlichen Welt gezeigt werden, dass Puerto Rico, welches ja eigentlich keine andere Wahl hatte, außer zuzustimmen, mit eigenem Einverständnis regiert wird bzw. durch eben diese Wahl gezeigt werden kann, dass diese Art der Herrschaft mit rechten Dingen und unter dem Deckmantel einer demokratischen Wahl legitim ist.

3.8. Gerichtsbarkeit Puerto Ricos

Puerto Rico hat zwei jurisdikative Systeme: die regionalen puerto-ricanischen Gerichte wie auch das über diesen stehenden US-Gericht mit der Zuständigkeit für Puerto Rico: während jenes in Puerto Rico eben nur eingeschränkte Funktionen innehat:

„There are two judicial systems: Puerto Rico's courts and the United States District Court for the District of Puerto Rico. The latter functions in Puerto Rico with limited jurisdiction and can be reached only for cases under United States federal law or cases where there is diversity of state citizenship, that is, when a citizen of one state sues a citizen of another state. Cases before Puerto Rico's Supreme Court involving federal law can be appealed to the United States Supreme Court. Appeals to the First Circuit are taken from the United States District Court for the District of Puerto Rico, which is a first instance court" (UNO-Papier[15] on Puerto Rico2012: 4).

3.9. Das politische System Puerto Ricos

Das innere politische System der Insel ist sehr stark an jenem der USA angelehnt, wobei das Parlament gleich jenen der USA aus zwei Kammern, dem Senat und dem Repräsentantenhaus, besteht. (vgl. Pichler 2003: 95)

[13] Jedoch war dieser neue Akt in den wesentlichen und wichtigen Paragraphen dem Jones Act gleich.

Statt einem Präsidenten, der in Puerto Ricos Fall jener der Vereinigten Staaten von Amerika ist, existiert als rangoberster Beamter beziehungsweise Staatsoberhaupt der Gouverneur, welcher für die Dauer von vier Jahren gewählt wird[14].

„Das Parteiensystem orientiert sich an der Statusfrage, das heißt, die politischen Parteien definieren sich primär über die Ihnen [sic!] bevorzugte Option bezüglich des künftigen politischen

Status der Insel." (Pichler 2003: 95)

Das Parteiensystem gliedert sich in zwei Großparteien, den *PNP (=Republikaner der USA)* und

PPD (= Demokraten der USA) und eine kleine dritte Partei, die *„Partido Indipendentista Puertorriqueno"(PIP)*, welche aus der ehemaligen „*Partido Nacionalista"* entstammte, die Unabhängigkeit anstrebt, aber trotz geringer Stimmenstärke einen festen Bestandteil der puerto-ricanischen Parteienlandschaft darstellt. (vgl. Pichler 2003: 96)

Diese kleine Partei entstand 1946 aus einer Abgrenzung von der 1938 gegründeten „Partido Popular Democrattico", als diese statt für Unabhängigkeit für den heutigen „Estado Libre Asociado" bekannten Status einzutreten begann, und hält an anderen Überzeugungen fest, und zwar dass *„Puerto Rico das Selbstbestimmungsrecht bis heute nicht frei ausüben durfte und dass es nach internationalem Recht die moralische und legale Verpflichtung der Vereinigten Staaten wäre, den Dekolonisationsprozess einzuleiten". (*vgl. Pichler2003: 97 zit. nach Partido Independista Puertoriqueno: Programma 2002. S. 112).

[15] http: //daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/N12/268/37/PDF/N1226837.pdf?OpenElement, Zugriff am 25.06.2013

3.10. Fazit der Kolonialherrschaft

„Wie sie (die kolonialen Herrschaft(en)) auch immer ideologisch legitimiert sein mochte [sic!], so war es per definitionem eine Fremdherrschaft und [sic!] hatte primär die Aufgabe, Herrschaft zu etablieren, deren Dauer zu gewährleisten, Widerstände zu beseitigen oder zu neutralisieren und gleichzeitig die der Europäer (/[sic!] Amerikaner) in der Kolonie zu ermöglichen – ein [sic!] Aktivität, die in erster Linie als ‚wirtschaftliche Erschließung des Landes' verstanden wurde und primär die [sic!] Metropole Vorteile einbringen sollte." (Albertini 1985: 385).

„Sie war die Herrschaft einer Minderheit von Europäern und Amerikanern – Offiziere [sic!], Beamte [sic!], Kaufleuten oder Siedlern – über eine Bevölkerung anderer Rasse und Zivilisation, die bei aller Kollaborationsbereitschaft und mindestens teilweise Anerkennung der technisch

-zivilisatorischen Überlegenheit der Herrschaftsmacht, diese nur widerwillig ertrugen/ertragen und über kurz oder lang abzuschütteln versuch(t)en." (Albertini 1985: 385).

„Innerhalb der Kolonie ergab sich eine deutliche Aufteilung in Zentral- und Lokalverwaltung, an dem [sic!] der Gouverneur mit seinen Spitzenbeamten mit ihren Büros saßen, ein zahlenmäßig nicht großer Apparat, der aber für die Kolonisierten eine neue Ordnung implizierte , die nicht nur die Fremdherrschaft augenfällig repräsentierte, sondern auch dort, wo eine vorkoloniale Zentraladministration bestand, sich mit ihrer rationalen, arbeitsteiligen, schriftlichen und unpersönlichen Arbeitsweise deutlich unterschied von den feudal-ständischen, auf persönlichen Beziehungen beruhenden Herrschaftsstrukturen traditionellen

Gesellschaften." (Albertini 1985: 186)
Zweck und Sinn dieser unpersönlichen und weit von den Beherrschenden entfernten Herrschaftsformen war/ist primär die Einhaltung von Ruhe und Ordnung für die Beherrschten.

Diese Herrschaft musste im gesamten Gebiet/Territorium eingehalten werden; dazu gehörten die Aufbauphase die Eliminierung von Widerstandsnestern, die mindestens formale Anerkennung der Herrschaft durch die einheimische Führungsschicht , die Erstellung eines

Kommunikationsnetzwerkes mit Telegraph, Post etc., eine Polizeigewalt, zentrale Gerichtsinstanzen. (vgl.Albertini 1985: 386)

„Dazu gehörte aber auch der Aufbau eines Steuersystems, um über die eigene [sic!] Einnahmen zu verfügen und so bald als möglich von den Zuwendungen der Metropole unabhängig zu werden.“ (Albertini 1985: 386).

4. Beantwortung der Hypothesen

Die Beantwortung der Hypothesen erfolgt mittels der herausgearbeiteten Fakten in dieser Arbeit. Die Hypothesen an sich sollen zur Beantwortung und zum Verständnis dienen und versuchen zu veranschaulichen, das Fremdherrschaft nie (oder fast nie) demokratisch sein kann. Zwar wird von den USA ein Mitspracherecht auf lokaler beziehungsweise nationaler Ebene eingeräumt, ob jedoch von einer puerto-ricanischen Demokratie gesprochen werden kann, sei dahingestellt. International befindet sich nämlich Puerto Rico weit abseits der Vorstellung von einem eigenen souveränen Staat, dem eigentlichen Ziel, das sich Puerto Rico selbst gesetzt hatte, sondern steht weiter im Schatten der Vereinigten Staaten von Amerika.

-Hypothese 01: Es besteht/bestand ein vehementer Unterschied in der Form des Regierens zwischen jenem der USA und dem der französischen Herrschaft.

Man kann hier im Wesentlichen mehrere Unterschiede bzw. Gemeinsamkeiten festhalten: Beide Mächte, die USA wie auch Frankreich, bedien(t)en sich vorwiegend militärischer Macht und Stärke, um durch diese primär Ruhe und Ordnung einzuhalten; die USA nutzen heute noch immer die zu Puerto Rico gehörenden kleineren Inseln für Manöver,

Truppenübungen und Militärbasis.
Frankreich ließ allgemeine Wahlen nur auf lokaler örtlicher Ebene zu; es handelte top-down und mittels Gouverneur und einem strikten Beamtenapparat, was heißen soll, dass eine strenge militärische und politische Kontrolle von Frankreich ausgegangen ist; in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kamen Parteien in Algerien auf, doch war eine politische Selbstverwaltung der Kolonie Algeriens nie vorgesehen. Die Interessen der in Algerien lebenden Franzosen wurden bevorzugt und über die der fast rechts- und mittellosen Einheimischen gestellt. In Algerien kam es zu Wellen der Enteignungen von fruchtbaren Acker- und Weideländern wie auch Restriktionen und strengen Verboten. Da . jedoch in den USA keine nennenswerte Immigration von US-Amerikanern nach Puerto Rico erfolgte (bis auf die der amerikanischen Firmen aus Gründen des Steuervorteils), kann hier ein wesentlicher Unterschied in der Art des Kolonialismus festgestellt werden: der

Siedlungskolonialismus der Franzosen und Stützpunkt- oder Beherrschungskolonialismus der US-Amerikaner.

Trotz allem muss hier festgehalten werden, dass die USA, sich selbst als rechtschaffende Demokratie darstellend, Puerto Rico keine eigene Selbstverwaltung einräumen will.

Die USA berief sich anfangs allein auf militärische Stärke, räumte aber -im Laufe der Zeit immer mehr politische Selbstkontrolle/Rechte ein, wie z. B. freies Wahlrecht einiger Senatoren und später die Erlaubnis der Wahl des eigenen Gouverneurs. Jedoch erreichte die Insel nie selbständige Autonomie bzw. Selbstbestimmung. Noch heute ist es den Puerto Ricanern nicht erlaubt, den eigenen Präsidenten, sprich jenen der USA, zu wählen. Überwacht werden die lokale Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit Puerto Ricos weiter durch den US-Gerichtshof, der für die Angelegenheiten Puerto Ricos ein eigenes Gericht installiert hat.

In Frankreich hatten die Algerier die muslimische Gesetzgebung, die *Shaira,* und waren der französischen Gerichtsbarkeit vollkommen hilflos ausgeliefert. Die Anerkennung als französischer Staatsbürger wurde den Algeriern nur nach Ablegung der eigenen muslimischen Gesetzgebung und des Verhaltenskodex gewährt. Zieht man hier einen Vergleich mit den USA, so kann man feststellen, dass jeder

Puerto Ricaner 1917 mittels Jones Act die US-Staatsbürgerschaft verliehen bekommen hat, aber nur wenige Algerier die des kolonialen Mutterlandes Frankreichs.

Auch die Art, wie beide „Kolonien" erworben wurden, ist unterschiedlich. Die damalige spanische Krone trat Puerto Rico wie auch einige andere Inseln im Ausgleich mit

Friedenverhandlungen ab, während Frankreich mittels Gewalt Algerien vom Ottomanischen Empire eroberte.

Auch im alltäglichen Umgang mit den beherrschten kulturell andersartigen Kolonien scheint Frankreich um einiges forscher und brutaler vorgegangen zu sein als die Vereinigten Staaten von Amerika.

Eine essentielle Gemeinsamkeit besteht darin, dass von den USA und Frankreich eine Kolonie, aus einem anderen Kulturkreis stammend, angeeignet und über einen längeren Zeitraum beherrscht wurde. Die daraus resultierende Frage, ob Kolonien immer außerhalb des eigenen Kulturkreises geschaffen werden, ist nicht Teil dieser Arbeit.

Die Hypothese, dass ein vehementer Unterschied in der Form des Regierens innerhalb der Kolonien zwischen Puerto Rico und Algerien besteht, kann somit bestätigt werden, jedoch muss hier festgehalten werden, dass Puerto Rico eine Insel eher kleineren Ausmaßes ist, während Algerien eine weitaus größeres Territorium aufweist. Es hätte möglich sein können, dass die USA aufgrund der geringen Fläche und der verhältnismäßig kleinen Einwohnerzahl in diesem Sinne gehandelt hat.

Was hier aber nicht ausgelassen werden sollte, ist, dass Puerto Rico in heutiger Zeit wie damals durch die Hilfe der USA wirtschaftlich bessergestellt ist als seine benachbarten Inseln, die zwar über eine eigene Selbstbestimmung und ein funktionierendes politisches System verfügen, jedoch wie vorher erwähnt wirtschaftlich schlechter als Puerto Rico dastehen. Außerdem hat Puerto Rico mit der Währung des US-Dollar eine stabile Währung und kann immer auf die Unterstützung der US-Wirtschaft vertrauen.

-Hypothese 02: Der Imperialismus Frankreichs und dessen autoritäre/totalitäre Form der Unterdrückung/Herrschaft veranlassten in Algerien den Widerstand. Es wurde eben durch diese Entwicklung das algerische Nationalbewusstsein gefördert. (vgl. Franz Fanon)

Die autoritäre Regierung Frankreichs in Algerien dauerte circa von 1870 – 1960 an. Enteignungen, Demütigungen, Folter etc. der algerischen Bevölkerung, die von politischen Grundrechten aufgrund ihrer Herkunft, Ethnizität und Religion ausgeschlossen wurden, standen auf der Tagesordnung.

Der algerisch-französische Beamten- und Militärapparat regierte sehr strikt und ließ lange keine Fürsprache der Algerier zu. Beschäftigt man sich mit dem Buch „Die Verdammten dieser Erde“ von Frantz Fanon“, so wird erkennbar, dass beherrschte Völker/Gruppierungen über einen längeren Zeitraum einen unbändigen Hass aufgrund von Benachteiligungen/ Demütigungen in allen Sphären des alltäglichen Lebens entwickeln, der sich schließlich in Revolution und Aufständen zeigt. Diese Entwicklung ließ sich sicherlich auch in Algerien feststellen. Nach einer derartig langen Zeit der autoritären Herrschaft Frankreichs ist es offensichtlich, dass Algerien mit dem Aufkommen des Nationalismus in Europa selber auch mit der Phase des Dekolonialismus die Unabhängigkeit von Frankreich anstreben will und dass es nur eine Frage der Zeit gewesen ist, bis sich der Widerstand formierte und ausreichend stark war, um mittels Krieg/Revolution die Unabhängigkeit zu erlangen. Natürlich ist das Zusammenspiel des neu aufkommenden Nationalismus im 20. Jahrhundert, der Dekolonialismusphasen nach dem Zweiten Weltkrieg und das Entstehen von ideologischen Parteien in den Kolonien essentiell, durch die das Nationalbewusstsein und hiermit auch der Weg in die Unabhängigkeit forciert und betreten werden konnten. Selbst wenn das französische Regime nicht so autoritär in der Herrschaft gewesen wäre, fiele der Ausgang meines Erachtens nach gleich aus.

Die Hypothese, dass Frankreichs autoritäre/totalitäre Form der Unterdrückung/Herrschaft in Algerien den Widerstand veranlasste, stimmt in erster Instanz. Jedoch wurde nicht durch diese Entwicklung das algerische Nationalbewusstsein gefördert, sondern es handelt sich um eine neue Erscheinung des 20. Jahrhunderts oder eine Mischform, eine Form aus Hass gegen Unterdrückung, die den Nationalismus fördert wie auch die Begleiterscheinungen des

Zeitalters des Nationalismus. Anzumerken ist hier ebenso die Rückkehr beziehungsweise Neuformierung Algeriens zu radikaleren islamischen Bewegungen hin.

Hypothese 03: Die USA konnten in Puerto Rico durch die Etablierung einer bis heute anhaltenden Demokratie nach US-amerikanischem Vorbild einen Sturz verhindern. (Ist die Etablierung einer Demokratie/Gewährleistung für inneren Frieden?)

Die USA etablierten in Puerto Rico ein politisches System, welches fast identisch ist mit dem der

Vereinigten Staaten, jedoch ist es in diesem Falle fragwürdig, ob jenes politische System Puerto Ricos als „demokratisch“ zu bezeichnen ist, da es als künstlich politisches Gebilde von den USA, einer zwar ebenfalls demokratischen, aber fremden Supermacht, aufgebaut ist, in dem die Puerto Ricaner lediglich drei größere Parteien wählen dürfen. Außerdem ist das System Puerto Ricos in jenes der USA integriert.

Fakt ist jedoch, dass die Vereinigten Staaten von Amerika eine militärische und wirtschaftliche Supermacht darstellen und ebenfalls international eine sehr wichtige Rolle wie

z. B. innerhalb der UNO spielen. Abgesehen von der militärischen Stärke der USA spielt auch der Einfluss der wichtigsten Geldgeber in Organisationen wie der z. B. der UNO eine Rolle hinsichtlich der Anerkennung Puerto Ricos

Die Demokratie ist ganz sicher ein wesentlicher Punkt für die Gewährleistung des inneren Friedens, jedoch ist es fragwürdig, ob das politische System Puerto Ricos als richtige Demokratie bezeichnet werden kann, da wesentliche „demokratische“ Elemente wie Gesetzgebung, oder Judikative , Schutz der eigenen Grenzen etc. durch Fremdherrschaft etabliert und kontrolliert werden, gleich ob die Vereinigten Staaten von Amerika eine Demokratie aufweisen oder als Vorbild einer solchen gelten oder nicht.

-Hypothese 04: Die Herrschaftsstrukturen der USA in ihrer Kolonie veränderten/wandelten sich bis in die heutige Zeit.

Diese Hypothese kann bestätigt werden, siehe die vorangegangene Seiten über Puerto Rico. Es lässt sich feststellen, dass sich die Anfang des 20.Jahrhunderts etablierte Militärherrschaft der USA langsam wandelte und den Puerto Ricanern im Laufe der Zeit mehr und mehr Rechte zugesprochen wurden, jedoch waren sie nie, verglichen mit den US-Staatsbürgern, ebenbürtig. Die

Puerto Ricaner erhielten als Währung den US-Dollar, den amerikanischen Präsidenten als Oberhaupt wie auch die US-Staatsbürgerschaft.

Vergleicht man dies mit der französischen Herrschaft, welche Algerien rein als Kolonie hielt, konnte eher der Gouverneur oder der Kolonialminister Frankreichs als „Präsident Algeriens“ gesehen werden. Die französische Staatsbürgerschaft wurde nur den einheimischen Algeriern gewährt, die gewillt waren, sich zu assimilieren und die Gesetze und Bräuche des französischen Empire anzuerkennen.

-Hypothese 05: Frankreichs Gründe der Eroberungen und Etablierung von Kolonien erfolgten unter dem Vorwand einer ideellen Natur, während die der USA praktische waren.

Primär unternahm Frankreich Eroberungen , um sich zu bereichern und um das eigene Ansehen in den Riegen der europäischen bzw. westlichen Herrschermächte zu steigern, jedoch sollte durch die „*mission civilisatrize"* der Anschein erweckt werden, dass das Vorhaben des Kolonialismus gerechtfertigt sei, da der französische Staat einen positiven Beitrag mittels

Einführung von westlichen Denkweisen und Sitten in die „unzivilisierte nichtwestliche Welt" erbringen wollte.

Im Amerikanisch-Spanischen Krieg fiel die Insel den USA zu, es gab keine scheinbar idealen Gründe, die Insel einnehmen zu wollen; sie fiel im Zuge des Krieges den Amerikanern in die

Hände. Im vorangegangenen Abschnitt „Leitmotive der USA" erkennt man eindeutig, dass auch die Vereinigten Staaten von Amerika eine Leitidee bzw. eine Art Motivation besitzen, was sie schlussendlich zu einer militärischen Supermacht hat werden lassen.

Praktische Gründe, die Herrschaft über die Insel aufrechtzuerhalten, sind nicht nur die interessante geographische Lage, sondern auch ein Paradebeispiel der US-Verbundenheit mit dem lateinamerikanischen Kulturraum, welches eben durch diese Exempel gezeigt werden soll.

Ob die USA nun nur aus praktischen Gründen Puerto Rico beziehungsweise auch andere Inseln unterhalten, ist so nicht zu beantworten. Es soll die amerikanische Hegemonie dem Leitmotiv entsprechend in die gesamte Welt herausgetragen werden.

Frankreichs Gründe der Eroberung der Kolonien sind sicherlich auch nicht rein ideeller Natur, zumal diese auch im 19. und 20 Jahrhundert versucht haben, eigene Anschauungen und vor allem militärischen Einfluss als zeitweise drittgrößte Kolonialmacht in die Welt hinauszutragen.

-Hypothese 06: Die unterschiedliche Art der Ausbeutung, Verteilung und Verwendung von Ressourcen in den beherrschten Ländern trug unter anderem zum Fall/zur Aufrechterhaltung der Mächte bei.

Von der Warte der USA aus gesehen ist das rohstoffarme Puerto Rico nur sekundär als Rohstofflieferant von Bedeutung. Natürlich sind die dort angebauten Monokulturen von Zucker und Kaffee ein Zugewinn für die Vereinigten Staaten, jedoch nur ein extrem geringer verglichen mit der eigenen Wirtschaft. Die USA beliefern Puerto Rico mit Rohstoffen, die nicht auf der Insel vorhanden sind, und sind Garant für die Insel, nie Engpässe eben dieser verzeichnen zu müssen.

In Algerien wiederum wurde das fruchtbare Acker- und Weideland von *pieds noir,* sprich von französischen Siedlern, bebaut; der Anbau von Weinreben und anderen Gütern war nur durch aus Frankreich oder Europa stammende Bauern erlaubt. Die Ausbeutung erfolgte über den erzwungenen und unfairen Verkauf, primär aber mittels Enteignung von fruchtbaren Böden und Äckern und die Vergabe an europäische Siedler. Wiederum spielen hier mehrere Faktoren eine Rolle – der aufkommende Nationalismus des 20. Jahrhunderts, die Folgen des Zweiten Weltkrieges, d. h. die Entkolonialisierung Afrikas.

4.1. Conclusio und Ausblick

Frankreich hat nun als Teil und Mitglied der Europäischen Union aus politischer Sicht nur mehr wenig mit seiner früheren Kolonie Algerien zu tun. Aus gesellschaftlicher Sicht gesehen leben viele Menschen aus den ehemaligen Kolonien, nicht nur algerische Franzosen, in den Vororten der Städte, den *Banlieues,* geprägt durch geringe Aufstiegschancen im Beruf und hohe Arbeitslosigkeit sowie große Kriminalität. Man erinnere sich nur an die Krawalle in den Vororten von Paris von 2005, in denen die Situation drohte zu eskalieren[15]. Als unliebsames innenpolitisches Thema Frankreichs wird aber die über Jahrzehnte währende Immigration der ehemaligen Kolonisierten als Problem einer verfehlten Integration aufgefasst.

Dadurch kam und kommt es zur Ghettoisierung und Stigmatisierung der Algerier und anderer nichtwestlicher Migranten in Frankreich mit einer gefährlichen Tendenz zur Ausgrenzung und radikalen Islamisierung.

Dies ist mehr und mehr zu einem gesellschaftlichen und innenpolitischen Thema mit hoher Aktualität geworden.

Puerto Rico befindet sich gänzlich unter der Herrschaft seines Gönners – der USA, nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich. Es will Teil der lateinamerikanischen Kultur sein, ist aber ein nichtinkorporiertes Außenseegebiet der Vereinigten Staaten von Amerika. Von jeher eine Kolonie, strebt es die Unabhängigkeit an, diese Entscheidung obliegt jedoch einzig und allein den USA – und liegt somit nicht in der eigenen Willensbildung Puerto Ricos.

[15] http:
//de.wikipedia.org/wiki/Unruhen_in_Frankreich_2005#Ursachen_und_Hintergr.C3.BCnd e

***A European Woman in Algeria*, 1910, Louis Rémy Sabattier.** Private Collection/Archives Charmet/ The Bridgeman Art Library.

Pamphlet designed for recruiting young Muslims into the French army, ca. 1960. *Musée d'Histoire Contemporaine, BDIC, Paris/Archives Charmet/The Bridgeman Art Library.*

(Bildquelle in: Conklin2011: 94 nach Louis Remy Sabattier: A European Woman in Algeria)
(Bildquelle: Conklin2011: 271, Postkarte) Verwendete Literatur/Quellenangaben

Verwendete Literatur/ Quellenangaben

Albertini, Rudolf von (1985): Europäische Kolonialherrschaft. 1880 – 1940. Steiner Verlag. Stuttgart.

Bloch, Charles (1972): Die dritte Französische Republik: Entwicklung und Kampf einer parlamentarischen Demokratie (1870 – 1940). Koehler Verlag. Stuttgart.

Conklin, Alice L. (1997): A mission to civilize: the republican idea of empire in France and West Africa since 1895 – 1930. Stanford University Press: Stanford, California.

Conklin, Alice L. (2011): France and its empire since 1870. Oxford University Press: New York.

Eckert, Andreas(2006): Kolonialismus: Globalisierung und Kolonialismus; der amerikanische Doppelkontinent und die Karibik; Asien, der Nahe Osten und Afrika; die Prozesse der Dekolonisation. Fischer Verlag. Frankfurt am Main.

Fanon, Frantz (1966): Die Verdammten dieser Erde. Suhrkamp Verlag. Frankfurt am Main.

Fernandez , Ronald (1996): The Disenchanted Island: Puerto Rico and the United States in the Twentieth century.Praeger Verlag. London.

Fischer, Karin (HG.) (2008): Klassiker der Entwicklungstheorie. Mandelbaum Verlag. Wien.

Friedrich C. J (1959): Puerto Rico als assoziierter Staat der USA in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart.

Gewecke, Frauke (1998): Puerto Rico zwischen beiden Amerika zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur einer Nation im territorialen Niemandsland [1898 – 1998]. Band I. Vervuert Verlag. Frankfurt am Main.

Hanson, Parker Earl (1955): Transformation: The story of modern Puerto Rico. American Book-Stratford Press: New York.

Hegel G. W. F(1977): Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundriss: Frankfurt am Main. Suhrkamp Verlag.

Landshut, Siegfried. (Hg.) (1953): Karl Marx. Die Frühschriften. Stuttgart.Kröner Verlag.

Lenin, Vladimir Iljitsch (1951): Der Imperialismus als höchstes Studium des Kapitalismus: Dietz Verlag. Berlin.

Luxemburg, Rosa (1970): Die Akkumulation des Kapitals: Verlag Neue Kritik. Frankfurt/Main.

Mommsen, Wolfgang J. (1987): Imperialismustheorien. Ein Überblick über die neueren Imperialismustheorien. Vandenhoeck & Ruprecht. Göttingen.

Murphy, Agnes (1948): The ideology of french imperialism 1871 – 1881.Catholic University Press,Washinton D. C.

Nikitopoulos, Ingeborg (1970): Aspekte der Selbstbestimmungsproblematik in den Vereinten Nationen. Fallstudien zu Zypern und Puerto Rico. Dissertation. Ruprecht-Karl-Universität. Heidelberg.

Nohlen/Schulze (HG.) (2005): Lexikon der Politikwissenschaft: Theorien, Methoden, Begriffe. Beck Verlag. München.

Osterhammel, Jürgen (1997): Kolonialismus: Geschichte – Folgen – Formen. Beck Verlag. München.

Pichler, Daniela (2003): Puerto Rico im Schatten der USA – zu den Konzepten NationKolonie – Peripherie. Diplomarbeit Universität Wien. Wien.

Perlo, Victor (1953): Der amerikanische Imperialismus: Dietz Verlag. Berlin.

Romstorfer, Melanie (2005): Kolonialer Diskurs über Algerien: Konstruktion einer algerischfranzösischen Wirklichkeit. Wien. Diplomarbeit Universität Wien.

Schmid, Bernhard (2006): Das koloniale Algerien. Unrast Verlag. Münster.

Wehler, Hans Ulrich (1987): Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus: Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865 – 1900.Vandenhoeck& Ruprecht. Göttingen.

Wengler, Wilhelm (1937): Die Verwaltungsorganisaionen der Kolonien im tropischen Afrika.
Grundlinien des Kolonialverwaltungsrechts Englands, Frankreichs, Italiens und Belgiens: Dunker und Humboldt. München.

Parteibücher:

Partido Independista Puertoriqueno: Programma. 2002.

Internetquellen:

.http://de.wikipedia.org/wiki/Muhammad_Ali_Pascha, Zugriff 03.01.2013

Wikipedia: Muhammed Ali Pascha-

http://de.wikipedia.org/wiki/Kolonie#St.C3.BCtzpunktkolonie,Zugriff am 03.03.2013.

Wikipedia: Stützpunktkolonie
http://de.wikipedia.org/wiki/Klassenkampf,Zugriff am 01.03.2013 .

Wikipedia: Klassenkampf

http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/AC.109/2002/L.4

united nations official paper on Puerto Rico, Zugriff am 07.06.2013.

http://daccess-dds-ny.un.org/doc/UNDOC/LTD/N12/268/37/PDF/N1226837.pdf?OpenElement, Arbeitspapier der UNO, United nations5th Meeting, on 20 June 2011,

Special Committee decision of 20June 2011 concerning Puerto Rico

Zugriff am 26.05.2011.

http://www.un.org/en/decolonization/pdf/dp_2010_corbin_6.pdf , Zugriff am 06.06.2013

http://www.cmu.edu/ARIS_3/vivoni/old%20vivoni/vivoni.html, Zugriff am 06.05.2013.
Congressional Records, 56. Congress, 1st Session, 8. März 1900 S. 2642.

http://de.wikipedia.org/wiki/Unruhen_in_Frankreich_2005, Zugriff am 13.06.2013.

Unruhen und Krawalle in Frankreich 2005- Wikipedia.

Bildquellen:

Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/d/d7/Plan_de_la_colonie_francaise_de_la_calle_1788.jpg, Zugriff am 14.06.2013.

http://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Algeriens, Zugriff am 14.06.2013.

http://de.wikipedia.org/wiki/Nationale_Befreiungsfront_%28Algerien%29, Zugriff am 14.06.201.3

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/8/8c/Messali_hadj_ahmed_001.JPG, Zugriff am 14.06.2013 http://de.wikipedia.org/wiki/Abd_el-Kader, Zugriff am 14.06.2013.

Bildquellen aus Büchern

-Conklin, Alice L. (2011): France an it´s Empire since 1870. Oxford University Press: New York.

- Albertini, Rudolf von (1985): Europäische Kolonialherrschaft. 1880 – 1940. Steiner Verlag. Stuttgart.

Bildquelle: aus Wikipedia:

http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/af/CaribbeanIslandS. png, Zugriff: 20.06.2013).

Abstract (Deutsch)

Diese Masterthesis untersucht die Herrschaftsverhältnisse von Kolonialmächten und deren beherrschten Territorien.

Die daraus resultierenden politischen Beziehungen von Herrschern und Beherrschten werden dem Leser durch diese Arbeit nähergebracht; in diesem Falle mittels Vergleich.

Ziel soll es sein, die Entwicklung der Herrschaft, die Gründe und Vorstellungen der europäischen/USA-Kolonialherrscher bis zur Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonien zu verfolgen und aufzudecken. Meist sind die Gründe eher rassistischer Natur, eben den Vorstellungen des "weißen europäischen Kulturkreises" als Vorherrschende des späten 19. und 20. Jahrhunderts entsprechend.

Puerto Rico, als beherrschtes, nicht einverleibtes Territorium der Vereinigten Staaten von Amerika, wird den Beziehungen zwischen Frankreich – in der Rolle als hinsichtlich seiner Ausdehnung drittgrößten kolonialen Macht – in Algerien gegenübergestellt. Durch einen daraus resultierenden Vergleich sollen die am Anfang des Textes dargestellten Hypothesen beantwortet werden und das Verständnis der Beziehungen zwischen westlichen und nichtwestlichen Staaten näher beschrieben werden. Herrschaft hat immer mit Zwang und Hegemonie zu tun, was beide Länder – sowohl Puerto Rico als auch Algerien – bis zur Unabhängigkeit zur Genüge gespürt haben. Beide Territorien wurden etwa zeitgleich (Ende bzw. Mitte des 19. Jahrhunderts) eingenommen und über einen längeren Zeitraum als

Kolonie deklariert und gehandhabt. Rassismus, Enteignung von Besitz und Land wie die Unterdrückung der dort lebenden Bevölkerung standen auf der Tagesordnung und gehörten zur alltäglichen Umgangsform. Die Etablierung einer künstlichen Administrativen und die Präsenz eines überragenden Militärs sollten eine lange Fremdherrschaft garantieren.

Unterdrückung der politischen Freiheit, der Meinungsäußerung und Beschneidung der Pressefreiheit waren Usus und notwendige Mittel, um Herrscher und Beherrschte lange aneinanderzubinden. Es handelte sich um Völker, die dadurch in ihrer Entwicklung durch die fremde europäische

Kultur gehemmt wurden. Auch nach der eigentlichen Herrschaft bleiben laut der Dependenztheorie starke Bindungen zwischen Mutterland und Kolonie bestehen.

Abstract (English)

This masterthesis´s target is about analyzing the forms of colonial rule of their colonies: Throughout this work, the political relationship between the empire and it´s colony are being examined and described, in this case through comparison.

Main goal througout this masterthesis is to analyze the development of domination, thoughts and imaginations of the european/ western colonial empires from the beginning to the end, the colonies independence. Mostly, reasons of racism were the very common imaginations and thoughts of the "white european masters", these thoughts being predominant in the 19th and 20 th century.

Puerto Rico, being ruled and bearing the status of a "non- incorprated territory" of the United States of America is being compared with Algeria, being the "crown Jewel" of french colonialism, France, having hold the status of the second biggest colonial empire worldwide.

Therefore, by comparing these two colonial systems, hypothesis are to be answered and to establish understanding in relationships between rulers and ruled, both-rulers and ruled-owning different types of cultures and habits:

Leadership has always to do with coercion and hegemony- both countries, Puerto Rico as well as Algeria having perceived this fact. Both territories were occupied and ruled by about the same instant of time and were declared as colonies: Racism, punishment, adoption of property as well as oppression were common habitus: the establishment of an artificial administration and the presence of a superstitious foreign military is ought to guarantee a long leadership.

However, also after decolonisation, according to the Dependencia.theory, relationships between souvereign and the controlled stay existent.

Lebenslauf Noel Mikayel BA

noelmikayel@live.at

Persönliche Daten

Geboren 08.10.1980 in Judenburg, Steiermark

Österreichischer Staatsbürger

Ausbildung:

10/2010 – 11/2013 Masterstudium am Institut für Politikwissenschaft Universität Wien

09/2010 Ende des Bachelorstudiums der Politikwissenschaft

10/ 2005 Diplomstudium am Institut für Politikwissenschaft, Universität Wien

10/ 2001 Inskription an der Universität Wien für Medizin

2000/2001 Absolvierung Militärdienst

1992 – 1999/2000 Besuch und Absolvierung der AHS Theresianische Akademie, Favoritenstraße 15 1040 Wien

-Praktikum in der Botschaft der Arabischen Republik Syrien, Tätigkeiten im UNO-Bereich

-Tätig als Peer-Mentor für die Studienrichtung Politikwissenschaft

Inhalte: MentorInnenrolle, Grundlagen Gruppendynamik, Gender und Diversity, Konfliktbehandlung

praktische Tätigkeit als Mentor mit begleitender Prozessreflexion im Ausmaß von 126 Stunden